

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Begegnung mit einer
unseligen Vergangenheit**

Albrecht K. Konečný

**Giftige Gaben, treue
Genossen und das gute Leben**

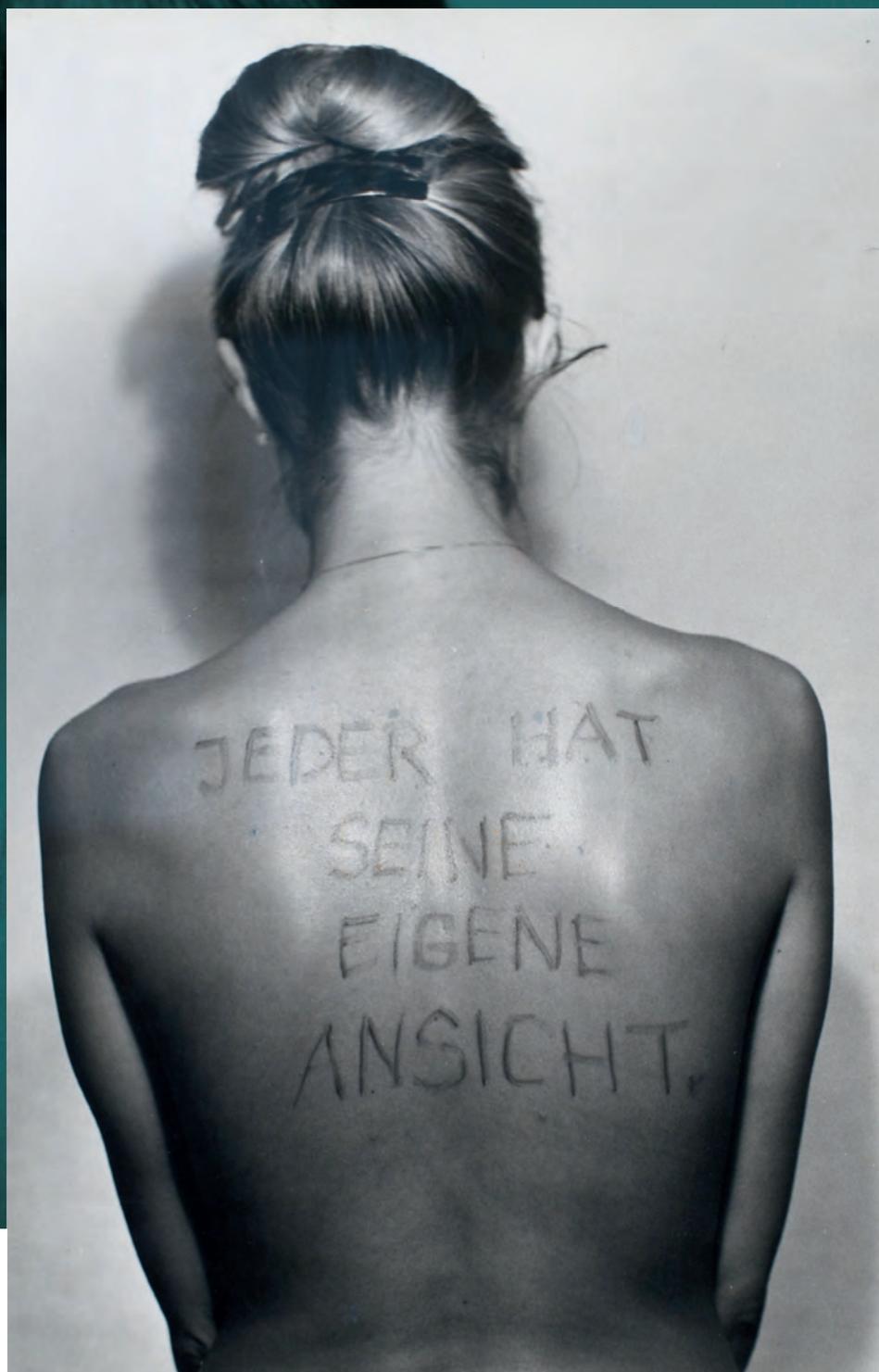
Elmar Altvater

Gemeinwohl ist Gewinn

Christian Felber

Armut in einem reichen Land

Verena Fabris



BEAUTY CONTEST

MUSA

EDITORIAL

Kurz vor Redaktionsschluss hat sich die Koalition doch noch auf ein Konsolidierungspaket geeinigt. Eine detaillierte Beurteilung der einzelnen Maßnahmen muss der nächsten Ausgabe überlassen bleiben, soviel scheint aber festzustehen: Es hätte auch schlimmer ausgehen können. Auch wenn kaum jemand mit dem Paket zufrieden wirkt, scheint man gerade auch in der Gewerkschaft bemüht, sich zu erklären, dass für die eigenen Mitglieder noch viel Ärgeres zur Diskussion gestanden wäre. Da wird auch verschmerzt, dass nach Loipersdorf auch beim zweiten Konsolidierungspaket in zwei Jahren die Forderung nach echten Vermögenssteuern unerfüllt geblieben ist und der größte Einsparbrocken aus dem Pensionsbereich kommt. Ob der Umstand, dass man auch ein wesentlich schlechteres Verhandlungsergebnis zugetraut hätte, 2013 eine ausreichende Wahlplattform für die große Auseinandersetzung mit der sozialpopulistisch agierenden Strache-FPÖ sein wird, bleibt allerdings offen.

Dabei hat sich gerade in den letzten Wochen in Umfragen gezeigt, dass die Verbindungen der FPÖ zum heimischen Rechtsextremismus von den WählerInnen keineswegs goutiert wird. Und das, obwohl der skandalöseste Vorfall rund um den Burschenschaftler-Ball am 27. Jänner kaum mediale Beachtung fand: Während Heinz-Christian Strache in der Hofburg über die angebliche Verfolgung der »neuen Juden«, der FPÖ, fabulierte, wurde auf offener Straße der sozialdemokratische Politiker Albrecht K. Konečný von Rechtsextremen niedergeschlagen. Die vor Ort befindlichen Polizisten beachteten weder den Vorfall, noch den am Boden liegenden Verletzten. Wenn an diesem Abend vor der Hofburg etwas an die 1930er Jahre erinnerte, dann wohl dieser Vorfall, dessen unterlassene großflächige Thematisierung unverständlich wirkt. **Albrecht K. Konečný** schildert am Beginn dieser Ausgabe die Ereignisse des 27. Jänner.

Auch der zweite Beitrag widmet sich einem politisch hochaktuellen Thema mit historischem Bezug: **Florian Wenninger** interpretiert die Bedeutung der **Rehabilitation** der **Opfer des Austrofaschismus**.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe steht ganz im Zeichen des UN-Jahres der Genossenschaften, das uns auch in der

ZUKUNFT 2012 begleiten wird, Fragen der demokratischen Gestaltung unserer Wirtschaft:

Elmar Altvater entwickelt Gedanken über die unterschiedlichen historischen Kontexte der **Genossenschafts-idee** und die aktuelle Bedeutung dieser Wirtschaftsform.

Martin Allespach, Lothar Wentzel und Martin Bartmann gehen der Frage der Bedeutung einer **Demokratisierung der Wirtschaft** als Grundbedingung für einen **politischen Kurswechsel** und wirksame **linksreformistische Politik** nach.

Und **Christian Felber** stellt in seinem Beitrag die Idee der »**Gemeinwohl-Ökonomie**« zur Diskussion.

Armut in Österreich, ihre Definition, Ursachen und Gegenstrategien stehen im Mittelpunkt des Beitrags der **Volkshilfe-Armutsexpertin Verena Fabris**.

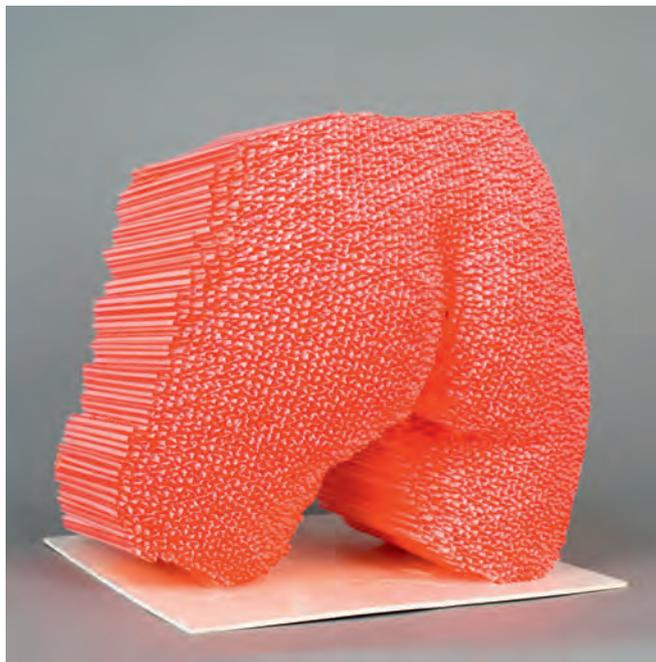
Das Auftreten der politischen Rechten bei den **US-republikanischen Vorwahlen** haben **Thomas Riegler** veranlasst, einen genauen Blick auf die Gedankenwelt einer der **prägendsten Vordenkerinnen** der **marktradikalen Rechten**, der Schriftstellerin **Ayn Rand**, zu werfen.

Günter Koch argumentiert in seinem Beitrag, warum **Ratings** nicht so schlecht sind wie ihr Ruf und äußert Zweifel über die **Sinnhaftigkeit** einer **europäischen Rating-Agentur**.

Und nach den Buchtipps thematisiert **Markus Marterbauer** in seinem Schlusswort die zu Unrecht **positiv verklärte** ökonomische **Position Deutschlands**.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

Inhalt



KATARINA SCHMIDL, »EIN SCHÖNES STÜCK ÖSTERREICH«
2002, TRINKHALME, POLYESTERHARZ, © MICHAEL WOLLSCHLAGER – MUSA

6 Begegnung mit einer unseligen Vergangenheit

VON ALBRECHT K. KONEČNY

9 Vom Wert der Geschichte

VON FLORIAN WENNINGER

Schwerpunkt

Jahr der Genossenschaften: Wirtschaftsdemokratie

14 Demokratisierung der Wirtschaft

VON MARTIN ALLESPACH, MARTIN BARTMANN

UND LOTHAR WENZEL

23 Giftige Gaben, treue Genossen und das gute Leben

VON ELMAR ALTVATER

28 Gemeinwohl ist Gewinn

VON CHRISTIAN FELBER

32 Armut in einem reichen Land

VON VERENA FABRIS

38 Egoismus als Ethos

VON THOMAS RIEGLER

44 Das Kaninchen vor der Schlange? Keine Angst vor Ratings!

VON GÜNTER KOCH

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Deutschland: Wirtschaftswunder, Problemverursacher oder nur Glück gehabt?

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARGERBAUER

Begegnung mit einer unseligen Vergangenheit

Während am heurigen Burschenschaftlerball Strache im Ballsaal darüber sinnierte, warum er und seinesgleichen als »neue Juden« verfolgt seien, wurde der SPÖ-Bundesratsfraktionsvorsitzende i.R. Albrecht K. Konečný am Heimweg von der Gegendemonstration von ReWchtsextremen vor den Augen der Polizei niedergeschlagen und schwer verletzt. Der frühere Chefredakteur der ZUKUNFT nimmt in diesem Beitrag zu diesem skandalösen Vorfall und seiner politischen Bedeutung Stellung.

Eines muss ich gleich anfangs klarstellen: Meine tiefe Abneigung gegen alte Nazis, neue Nachahmer, Leugner, Verharmloser und Relativierer ist nicht nur meiner sehr intensiven Beschäftigung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus zu verdanken. Da ist auch etwas Persönliches dabei.

Mein Onkel – ein hochbegabter junger Mann – beging, als er als Aufklärer an der Ostfront einen Hügel hinaufkroch, das »Verbrechen«, den sowjetischen Soldaten, der gleichzeitig mit ihm – aber natürlich aus der anderen Richtung – den Kopf über den Hügelkamm hob, nicht zu erschießen, sondern ihm die Hand zu reichen. Am Abend dieses Tages zwang ihn sein Kompanie-Kommandant mit vorgehaltener Pistole auf eine Pritsche, auf der ein Kamerad am Vortag an Flecktyphus verstorben war. Dieses subtile Todesurteil funktionierte: Am 16.6.1942 starb mein Onkel Albrecht an derselben Krankheit. Als ich am 20.9.1942 geboren wurde, war meine Namensgebung auch eine klare Ansage meiner Familie: Einen von uns könnt ihr umbringen – aber es wachsen Neue nach.

An diese Verpflichtung habe ich mich gehalten. Schon 1958 bei den Protesten gegen die »Schiller-Feier« – veranstaltet von derselben Organisation wie jetzt der unselige Ball, die damals noch zutreffender »Wiener Waffenring« hieß. Die »Burschen« von damals sind sicher heute hochgeachtete »Alte Herren«. Dann 1965 bei den Protesten gegen den wu-Professor Taras Borodajkewicz; die, die damals mithalfen, den KZler Ernst Kirchwegger zu erschlagen, gehören wohl heute auch zu den »Alten Herren«, die da in der Hofburg feierten. Und genau deshalb war ich auch am 27.1.2012 dabei. Ich war enttäuscht, wie wenige derer, die in den Jahrzehnten davor mit

mir demonstriert hatten, diesmal wieder gekommen waren – und begeistert vom Elan und der Einsatzbereitschaft tausender junger Leute, die für das Gleiche standen, wie ich seit vielen Jahren.

Es war ein stimmungsvoller, motivierender Demonstrationzug, der da von der Universität aufbrach. Säuberlich – aber weniger gut geplant – von der Polizei überwacht. Bei der Babenbergerstraße – wo gleichzeitig der zweite Zug aus der Mariahilferstraße eintrifft, bricht kurzfristig das polizeiliche Chaos aus. Dann kann der Demonstrationzug aber doch zum Hrdlicka-Denkmal weiter marschieren.

Nach der Mahnwache bei diesem Denkmal war mir saukalt. Also rasch auf einen Tee in den »Tirolerhof«, dann mache ich mich – leidlich aufgewärmt – auf den Heimweg. Dabei galt es, einen nicht von der Polizei gesperrten Weg zu finden: Also durch die Spiegelgasse, dann in die Plankengasse, dann in die Dorotheergasse abgebogen. Aber ich sehe schon, da würde ich nicht durchkommen: Eine kleine Gruppe Polizisten kommt mir entgegen. Einige Meter davor geht ein Mann – etwa meine Größe, aber der doppelte Körperumfang – auf dem Kopf eine Wollmütze mit einer Rune. Als er auf meiner Höhe ist, reißt er mir meine Mütze vom Kopf und – als ich mich verblüfft zu ihm umwende – folgte ein Schlag mit der Faust gegen mein Gesicht und ein zweiter gegen meine Brust. Und dazu der – ganz wienerisch artikulierte – Zuruf: »Gusch, du Oarschloch!«

Ich gehe zu Boden. Die Polizisten schert das nicht, sie bauen auf der Höhe der evangelischen Kirche eine Sperre auf. Wäre da nicht eine kleine Gruppe junger Leute – wohl De-

monstranten – dazugekommen, wäre ich noch lange blutend auf der Straße gelegen. Die aber helfen mir auf, versuchen mit Papiertaschentüchern meine Blutungen zu stillen und wollen die Polizisten dazu zu bewegen, die Rettung zu rufen. »Das geht nicht, der Polizeifunk ist überlastet.« Also ruft eine junge Frau die Rettung.

JEDER SCHRITT SCHMERZT

Die kommt dann überraschend schnell, ich werde untersucht und gleich in die Unfallstation des AKH weitertransportiert. Dort werden meine Verletzungen untersucht: Schwere Hämatome im Gesicht, mein linker Zeigefinger ist an mehreren Stellen aufgeplatzt; beide Wunden weisen dieselbe Struktur auf – die einer Rune. Also wurde wohl mit einem Schlagring zugeschlagen. Der Finger muss genäht werden. Prellungen an der Brust und – vom Sturz – am rechten Knie; jeder Atemzug und jeder Schritt schmerzt; an Schlaf ist nicht zu denken.

Am Samstag erstatte ich dann Anzeige. Es dauert einige Zeit, bis sich ein Beamter findet, der das betreffende Programm bedienen kann. Der ist dann aber sehr kooperativ. Der Versuch, in der Gewalttäter-Datei »meinen« Schläger zu finden, scheitert: Ganze 16 – zum Teil Jahre alte – Bilder werden mir gezeigt, ganze drei davon stammen aus Wien. »Wenn Sie ihn einmal auf der Straße sehen, folgen Sie ihm unauffällig und rufen uns an. Dann kommen wir«, wird mir noch mit auf den Weg gegeben.

Inzwischen erfahre ich von mehr und mehr Fällen, die ähnlich geartet sind: Nach einigen Attacken auf einzelne Demonstranten wird auf Twitter gewarnt, man solle nur mehr in Gruppen weitergehen. Auf dem Heldenplatz zerstören einige Provokateure das Handy einer Frau, die sie damit gefilmt hatte.

Diese Opfer und ich sind den heutigen Repräsentanten einer unseligen Vergangenheit begegnet. Denen, die absolut nichts aus der Geschichte gelernt haben und die deshalb dem Herrn Strache wohl auch glauben, dass sie die »Juden

von heute« sind. Aber in Wirklichkeit sind sie nur die Widergänger der SA-Leute, die die »Roten« verprügelten und die jüdischen Tempel anzündeten.

Mir tut alles weh. Aber nicht das Herz: Die hunderten Solidaritäts-Bekundungen von alten Freunden und völlig Unbekannten in den nächsten Tagen zeigen, dass das andere auch so sehen. Die Frage, die mich allerdings unruhig macht, ist: Steht auch die Polizei auf der richtigen Seite?

HILFELEISTUNG UNTERLASSEN

Vielleicht doch: Immerhin meldet sich sehr rasch das Landesamt für Verfassungsschutz, nimmt ein weiteres Protokoll auf und gibt mir die Möglichkeit, ein Phantombild des Täters anzufertigen. Und dann werde ich gleich ans Büro für besondere Ermittlungen weitergereicht, wo man sich optimistisch zeigt, jene Polizisten, die ja den Überfall gesehen haben müssten und danach jede Hilfeleistung unterlassen haben, ausfindig machen zu können.

Dann kommt der Tiefpunkt: Eine Dringliche Anfrage der FPÖ im Bundesrat, die sich über den angeblich zu geringen Schutz der ehrenwerten Ball-Gäste aufregt. Die SPÖ-Fraktion hat sich darauf vorbereitet, mit einer umfassenden Thematisierung der Attacke auf mich zu kontern. Doch dann kommt aus dem Ministerbüro die Warnung, es sei noch keineswegs sicher, dass der Attentäter aus den Reihen der »Rechten« kommt. Eine schwierige Entscheidung: Herrn Strache einen Elfmeter aufzulegen – von wegen »Vorverurteilung« und »unbewiesenen Behauptungen« – erscheint dann doch allen zu riskant.

Auf das Phantom-Bild meldet sich eine Polizeiinspektion Bruck; der Mann, den sie dort vor Jahren festgenommen und fotografiert haben, könnte es sein. Am nächsten Tag die Gegenüberstellung: Der Festgenommene ist mir zwar herzlich unsympathisch – was ja nicht strafbar ist – aber er war es nicht, leider. Also muss die Polizei weiter suchen. Das wird es Strache und Kickl noch einige Zeit ermöglichen, die Mär vom linksextremen Deutschen zu erzählen, der es gewesen sein

soll. Dass er dann einen Schnellkurs »Wie spreche ich wienerisch?« gemacht haben müsste, interessiert diese Herren ebenso wenig wie die Tatsache, dass es wohl kaum »linke Schläger« mit Nazi-Runen auf der Mütze geben wird.

Von den rechtsextremen Aufrufen im Internet, der Polizei bei der Bekämpfung der Demonstranten zu »helfen«, reden sie natürlich ebenso wenig wie von dem Ekel erregenden Dialog von »Prinz Eugen« – der beim WKR-Ball tanzte – und »Eispickel« über die »alte rote Sau«, die »gspritzt hat wie eine Sau«, wobei »Eispickel« den Täter zu kennen behauptet (vielleicht lassen sich diese Identitäten doch feststellen). Mit der niederträchtigen Scheinhältigkeit, sich über die »Übergriffe gegen Ballbesucher« zu erregen und zu den Attacken der eigenen Freunde gegen Demonstranten zu schweigen und sie sogar in Zweifel zu ziehen, werde ich noch eine Weile leben müssen.

FÜR DIE FREIHEIT DEMONSTRIEREN

Ein paar von denen, die mich nach dem Überfall angerufen haben, haben ihren Zweifel zum Ausdruck gebracht, ob es richtig von mir war, an einer Demonstration teilzunehmen, bei der die Möglichkeit von gewaltsamen Auseinandersetzungen bestand. Es war richtig, habe ich denen gesagt und sage es hier nochmals. Wer aus bloßer Angst darauf verzichtet, das zu tun, was er für richtig hält, verzichtet auf ein großes Stück seiner Freiheit. Und auf diese Freiheit kommt es, für diese Freiheit haben – mit mir – tausende demonstriert. Und sie – und ich – werden es wieder tun, wenn es notwendig ist.

Ich befürchte, dass es weiter notwendig sein wird, wenn es jenes Österreich – mein Österreich – für das so viele ihr Leben geopfert haben, weiter geben soll. Was sind ein paar Schrammen und ein paar Prellungen schon gegen das, was andere für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie geopfert haben. 🍷

ALBRECHT K. KONEČNY

gehörte von 1983 bis 1986 dem Nationalrat und von 1986 bis 2010 dem Bundesrat an und war Internationaler Sekretär der SPÖ.

Am 19. Februar 1934 streckten die letzten SchutzbündlerInnen ihre Waffen. Der christlichsoziale »Staatsstreich auf Raten« war nach zwei Jahren erfolgreich abgeschlossen. Weite Teile der sozialdemokratischen Gefolgschaft hatte die Regierung im Vorfeld der Kämpfe so systematisch wie erfolgreich demoralisiert. Immer neue Verbote, Drangsalierungen und Demütigungen hatten die einst so stolze sozialdemokratische Partei bei Freund und Feind am Ende aussehen lassen wie einen Stier, der sich widerstandslos am Nasenring durch die Arena zerren ließ. Der Februar 1934 sah denn auch keine kämpfende Bewegung. Er sah mehrere tausend Menschen und ihren von vornherein aussichtslosen Widerstand gegen einen Putsch, der schon längst geclückt war.

DIE WAHREN AUSMASSE DER REPRESSION

Schätzungen zufolge waren auf Seite des Schutzbundes im gesamten Bundesgebiet etwa 20.000 Menschen in die Kämpfe involviert, die Regierungsbündler aus Bundesheer, Exekutive und Heimwehr setzte etwa die doppelte Zahl von Männern ein. Wie viele Menschenleben die Kämpfe kosteten ist bis heute nicht restlos geklärt. Sicher ist, dass die Zahl der Toten in die Hunderte, die Zahl der Verletzten in die Tausende geht.

Unmittelbar nach Ausbruch der Kämpfe wurde das Standrecht verhängt und die wieder eingeführte Todesstrafe gegen die Aufständischen in Stellung gebracht. Die Regierung machte von vornherein kein Geheimnis daraus, durch einige rasch vollzogene Hinrichtungen die Moral der Aufständischen brechen zu wollen. Bereits vor Beginn der ersten Verfahren sah sich das Justizministerium deshalb genötigt festzustellen, dass die anstehenden Hinrichtungen jedenfalls durch den Strang und nicht – im Rahmen einer eigens zu erlassenden Notverordnung – durch Erschießung zu vollstrecken seien. Dies, weil ansonsten »die Gefahr bestünde, dass das Standgericht die Notverordnung anfechten und dann die Todesstrafe überhaupt nicht vollzogen werden könnte.« Zusatz: »Wegen Beistellung der erforderlichen Scharfrichter sind die notwendigen Verfügungen bereits getroffen worden.«

Vom Wert der Geschichte

Das Parlament hat einstimmig die Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus beschlossen. Das Gesetz hat etliche Schwachstellen, trotzdem ist es wichtig. Keineswegs nur für die SPÖ.

Zum Tod verurteilt wurden in weiterer Folge buchstäblich die Erstbesten, unabhängig davon, ob sie wie der Hietzinger Schuhmacher Karl Münichreiter schwer verletzt waren, oder ob ihnen ihre »Geständnisse« unter Folter abgepresst worden waren. Der Terror wurde notdürftig rechtstaatlich bemäntelt, dass es sich aber um Justizmorde handelte, konnte niemandem ernsthaft verborgen bleiben. In den Worten des Staatssekretärs Karwinsky ging es der Regierung einzig darum, einige »unbedingt notwendige Exempel zu statuieren«.

SCHAUPROZESSE

Die Ausmaße der bereits vor den Februarkämpfen einsetzenden Repressionswelle liegen bis heute im Dunklen. Fest steht, dass bis zur Aufhebung des Standrechtes am 21. Februar 140 Urteile ergingen, davon einige dutzend Todesurteile, von denen neun vollstreckt wurden. Noch während die Kampfhandlungen andauerten kam es in mehreren Fällen zu Übergriffen auf Gefangene bis hin zum Mord. Das Niedermetzeln von Gefangenen ist konkret für Floridsdorf, für das oberösterreichische Kohlrevier und für Bruck an der Mur dokumentiert. Bis Mitte März 1934 wurden alleine in Wien 7.823 Personen verhaftet, von denen in weiterer Folge knapp zweitausend Menschen den Gerichten übergeben wurden. Insgesamt etwa zehntausend Personen wurden in Lagern und Notarresten interniert. Bis ins Jahr 1936 fanden mehrere groß inszenierte Schauprozesse statt. Von den dort Angeklagten sollten gleich mehrere das politische Leben der Zweiten Republik nachhaltig prägen: Franz Jonas, Otto Probst, Maria Emhart, Anton Proksch und schließlich der Jüngste – Bruno Kreisky.

Die Verfolgung von Oppositionellen hatte über Prozesse und Verhaftungen hinaus viele Gesichter: Ihnen wurde die Staatsbürgerschaft entzogen, Pensionen und Arbeitslosengelder gekürzt oder ganz gestrichen, sie wurden entlassen oder strafversetzt, ihnen wurden mutwillig Bußgelder auferlegt, ihre Vereine wurden aufgelöst oder übernommen und das Vermögen dabei konfisziert, Oppositionelle wurden aus Wohnungen gewiesen, ihre Bewegungsfreiheit wurde ein-

geschränkt ... die Liste ließe sich fortsetzen. Auch sie muss aber mit dem Hinweis enden, dass der wissenschaftliche Forschungsstand bis heute unzureichend ist.

WESHALB REHABILITIEREN?

Im Februar 2010 wandten sich 97 WissenschaftlerInnen in einem offenen Brief an Parlament und Bundesregierung und forderten neben einer Rehabilitierung auch die öffentliche Würdigung der Februarkämpfer von 1934.

Zwei Jahre zäher Verhandlungen später lässt sich konstatieren: Das nunmehr beschlossene Rehabilitierungsgesetz geht weiter als alles bisher Dagewesene. Aber es ist keineswegs zu verwechseln mit einer generellen Rehabilitierung. Wirkliche Neubewertungen einer historischen Epoche sehen anders aus. Eine ganze Reihe von Verfolgungsmaßnahmen blieb auf Betreiben der ÖVP ausgeklammert, namentlich alle Verwaltungsstrafen abseits der Lagerhaft, etwa Ausbürgerungen oder Geldstrafen. Für die im Gesetz berücksichtigten Internierungen gilt eine Mindesthaftdauer, die der für die Rehabilitierung zuständige Strafrichter lediglich unberücksichtigt lassen kann. Zudem hat der Gesetzgeber den Kreis derjenigen, die um amtliche Feststellung der Rehabilitierung ansuchen können, bewusst so klein wie möglich gehalten, antragsberechtigt sind ausschließlich Nachkommen in gerader Linie. *Last not least* enthalten die Ausführungsbestimmungen eine Passage, die eine Generalhandhabe bietet, KommunistInnen von der Rehabilitierung auszunehmen.

Wir haben es demnach mit dem Versuch einer historiografischen Frontbegradigung zu tun: den Hingerichteten und Eingekerkerten wird ihr – ohnehin offenkundiger – Opferstatus nach siebzig Jahren zugestanden. Gleichzeitig wird peinlich jeder Hinweis auf die Verantwortlichen und das durch sie geschaffene Herrschaftssystem vermieden. In diesem Fall hätte man ja einräumen müssen, dass die eigene Ahnengalerie anno dazumal als Täter fungiert hatte. Und das hätte womöglich eine Reihe unangenehmer Nachfragen provoziert.

Entweder nämlich war alles mit dem Regime 1933 - 38 in Ordnung, so auch die Niederschlagung des Schutzbundaufstandes. Oder die Februarkämpfer wurden zu Unrecht verurteilt. Wenn den Rebellen durch die Standgerichte Unrecht geschah, waren konsequent weitergedacht ihre Taten nicht verurteilenswert – und der Aufstand gegen den Staatsstreich des amtierenden Bundeskanzlers Dollfuß rechtens. Im Umkehrschluss ist aber Dollfuß schwerlich weiterhin als verdienter Kanzler zu preisen. Schließlich wäre der Mann für die schlimmstmögliche Form des Amtsmissbrauches verantwortlich gewesen: Konspiration mit ausländischen Kräften gegen die in Geltung befindliche Verfassungsordnung unter bewusster Inkaufnahme eines Bürgerkrieges.

Das zuzugestehen hieße keineswegs, neuen Erkenntnissen Rechnung zu tragen. In der historischen Forschung herrscht zumindest darüber seit mehr als dreißig Jahren Einigkeit. Die ÖVP hat sich seither nur einfach geweigert, den wissenschaftlichen *state of art* zur Kenntnis zu nehmen. Und genau hier versuchen nun einzelne ihrer Exponenten anzusetzen: Auch ihnen ist bewusst, dass das bürgerliche Lager auf kurz oder lang nicht an den eindeutigen Ergebnissen der Wissenschaft vorbei kommen wird. Sie sind daher bestrebt, die Folgewirkungen für die eigene Traditionspflege so gering als möglich halten.

Man hofft, durch die Anerkennung des geschehenen Unrechtes der Diskussion über die Verantwortlichen und ihre Motive den Wind aus den Segeln zu nehmen. Immerhin stünde das Ansehen der gesamten Gründergeneration der ÖVP auf dem Spiel: Von Leopold Figl bis Julius Raab, von Alfons Gorbach bis Josef Klaus waren alle Bundeskanzler bis 1970 hohe Funktionäre des Austrofaschismus gewesen, auf Landesebene sah es nach 1945 nicht besser aus. Die wenigen Christlichsozialen, die sich wie Ernst Karl Winter der Errichtung des Austrofaschismus entschieden widersetzt hatten, wurden in der Zweiten Republik ausgebootet, wann immer sich eine Gelegenheit fand.

DIE GESCHICHTSPOLITISCHE PERSPEKTIVE

Geht das: die Schutzbündler rehabilitieren und dabei Dollfuß mit seinem Regime in Ehren halten? Langfristig kaum. Die Rehabilitierung ist der Anfang vom Ende der geschichtspolitischen Schizophrenie der letzten sechzig Jahre. Dabei geht es am Allerwenigsten darum, wer am Ende Recht gehabt hat. Die SPÖ, aber auch die Grünen, die entscheidend zu diesem Gesetz beigetragen haben, wären schlecht beraten, nur befriedigt zur Kenntnis zu nehmen, dass die ÖVP spät aber doch einen selbstverständlichen Schritt gemacht hat. Die InitiatorenInnen des Gesetzes sollten auch nicht den Fehler machen, ein Zugeständnis mit einer Einsicht zu verwechseln. Letztere ist vorerst bestenfalls in Ansätzen vorhanden, das haben die seitens der ÖVP vertretenen Standpunkte während der Verhandlungen nur allzu klar gemacht.

Die Befassung mit dem Austrofaschismus ist noch lange nicht vorbei, im Gegenteil: Sie steht in vielen Bereichen erst am Anfang. Auf wissenschaftlicher Ebene reichen die Mankos von einer Erforschung der Repression über zahlreiche Aspekte des Regimes bis hin zu einer Befassung mit seinen Nachwirkungen.

Gesellschaftlich geht es um den Kern des politischen Selbstverständnisses aller Beteiligten. Weshalb war die Republik 1918 überhaupt nur auf Druck der Linken ausgerufen worden? Weil sie als einzige ideologisch tatsächlich dem Prinzip der Egalität verpflichtet war, während eine Mitsprachemöglichkeit für alle in krassem Widerspruch zum hierarchischen Gesellschaftsverständnis der Bürgerlichen stand. Das österreichische Bürgertum stand anders als in anderen Staaten in einer durch und durch autoritären Tradition. In ihrer skeptischen Haltung gegenüber der Demokratie waren sich die Führungsgruppen des deutschnationalen und katholischen Milieus einig, von den Parteiliten über die Industriellenvereinigung und diversen Bankiers bis hin zum Episkopat. Weshalb sonst ging die Regierung Dollfuß, als die Beseitigung der Demokratie längst beschlossene Sache war, ungeachtet des anhalten-

den NS-Terrors vor allem gegen die Linke vor? Weil die Nazis für die christlichsozialen Eliten irrende, aber letztlich paktfähige Seelenverwandte waren. Die Sozialdemokratie hingegen war der Feind des Abendlandes.

Die Frage nach demokratischen Traditionen sind nicht traditionspflegerischer, sondern grundsätzlicher Natur. Sie berühren elementare Fragen der Gegenwart: Wie weit darf und soll Demokratie gehen? Wie weit dürfen persönliche Rechte und Freiheiten zum vermeintlichen oder tatsächlichen Wohl des Staatsganzen eingeschränkt werden? Und: Ab wann ist Widerstand legitim?

Der britische Historiker E. P. Thompson hat einmal geschrieben, die Geschichte kenne, bei allem abgenützten Pathos des Begriffs, Menschen und Taten von Würde und von Ehre. Eine wichtige Aufgabe der Geschichtswissenschaft bestünde darin, solche Geschichten zu dokumentieren und weiter zu geben. Künftige Generationen könnten dann aus einem Fundus menschlicher Verhaltensmöglichkeiten schöpfen, der ihnen Orientierung für ihr eigenes Handeln geben könne – und Hoffnung.

Die Männer und Frauen des Februar 1934 fanden den Gedanken an ihre Entrechtung offenkundig so unerträglich, dass sie sich in einem Akt der Verzweiflung bewaffnet zur Wehr setzten. Es konnte dabei von vornherein nur um ein Zeichen gehen, um den Respekt vor sich selbst.

Der Schutzbundaufstand ist zweifellos eine Geschichte tiefer Erschütterung, maßloser Enttäuschung, unbändiger Wut. Aber er ist mehr als das. Er gehört zu einer langen Kette kleiner und großer Rebellionen in der österreichischen Geschichte, die im öffentlichen Bewusstsein kaum vorhanden sind. Diese Akte des Aufbegehrens strafen alle Versuche Lügen, das verbreitete Duckmäusertum mit dem Fehlen einer widerständigen Tradition in unserem Land zu erklären und damit zu »vernünftlichen«.

Die Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus ist ein Schritt in Richtung Anerkennung und Vergegenwärtigung einer solchen, sehr wohl existenten widerständigen Tradition. Unterschätzen wir nicht ihren Wert.

Václav Havel hat gesagt, Hoffnung sei »nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.« So betrachtet war der Februar 1934 nicht nur voll von Wut und Angst. Es war auch eine große Hoffnung, die mit all den Menschen hinter den verrammelten Fenstern der Gemeindebauten die Panzer kommen sah. 

FLORIAN WENNINGER

ist Assistent am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.



EVA CHOUNG-FUX: AUS DER SERIE »DAS MODELL« 1978, FARBFOTOGRAFIE, © MICHAEL WOLSCHLAGER – MUSA

BEAUTY CONTEST

MUSA

Ein Ausstellungsprojekt des MUSA in Kooperation mit dem Austrian Cultural Forum New York. Die bereits im September 2011 im ACF New York eröffnete Ausstellung »Beauty Contest« wird nun ab 16. Februar 2012 in erweiterter Form im MUSA präsentiert.

Unser Projekt, das Positionen österreichischer und internationaler KünstlerInnen vereint, fokussiert auf das Streben des Menschen nach eigener körperlicher Schönheit und die Sehnsucht nach der körperlichen Schönheit anderer. Die Schönheit an sich mit ihren vielfältigen Erscheinungsformen und Implikationen, die sie im Lauf der Geschichte annahm, bildet für uns lediglich den kulturellen Fond, vor dem zeitgenössische KünstlerInnen sich auf sehr unterschiedlichen Wegen dem Thema nähern. So sehr der Alltag auch vom allgegenwärtigen Schönheitsdiktat bestimmt ist, vermag das Individuum dennoch seine Freiheit zu wahren, indem es über eine größere Definitions- und Entscheidungsmacht verfügt als je zuvor.

MUSA

bis 26.05.2012

1010 Wien, Felderstraße 6-8, 1010 Wien
(neben dem Rathaus)

► www.musa.at



Demokratisierung der Wirtschaft

Martin Allespach, Martin Bartmann und Lothar Wentzel von der deutschen Industriegewerkschaft (IG) Metall argumentieren in ihrem Beitrag, warum eine Demokratisierung der Wirtschaft für einen grundlegenden politischen Kurswechsel unabdingbare Voraussetzung ist.

Lange Zeit verhalte die Kritik, die vor allem die Gewerkschaften am finanzmarktgetriebenen Kapitalismus äußerten, weitgehend ungehört in der Öffentlichkeit. Mit der Finanzmarktkrise 2008/2009 änderte sich dies. Es öffneten sich neue Möglichkeiten, einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs über die zerstörerische Wirkung einer marktradikalen Wirtschaftsweise zu führen und mögliche Alternativen auszuloten.

Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber nutzte diese Chance, um mit seinem Buch »Kurswechsel für Deutschland« aus gewerkschaftlicher Perspektive in die Debatten um einen anderen gesellschaftlichen Entwicklungsweg einzugreifen (Huber 2010 a). Er spitzte damit eine Diskussion zu, die einen langen Vorlauf hatte.

Die Veränderungen in den Betrieben – ausgelöst durch die Orientierung der Unternehmensleitungen an hohen, kurzfristigen Profiten sowie der Propagierung des Shareholder Value – setzten Gewerkschaften und Betriebsräte unter erheblichen Druck. Eine Restrukturierungsmaßnahme jagte die nächste. Bezeichnend für diese Situation war, dass viele Betriebsräte die Krise 2008/2009 nur als einen besonders heftigen Ausschlag in einer langen Reihe von Problemsituationen und Abwehrkämpfen empfanden (vgl. IG Metall 2011).

Auch im gesellschaftlichen Klima bedienten marktradikale Strategien den Mainstream. Konkurrenz und Ungleichheit wurden als entscheidende Motoren des gesellschaftlichen Fortschritts idealisiert, persönliche Vorteilsnahme zur sozialen Tugend umdefiniert, kollektives Handeln abgewertet, soziale Abgrenzung und Prestigedenken gefördert. All dies lähmte die Fähigkeit zum Erkennen gemeinsamer Interessen und or-

ganisierter Gegenwehr. Die IG Metall begann noch vor der Finanzmarktkrise eine Debatte um gesellschaftliche Grundorientierungen. Leitbild dieser Wertedebatte war die in der philosophischen Tradition Europas tief verankerte Idee eines guten, erfüllten Lebens. Beim Ausbuchstabieren dieser Idee für die Gegenwart erwies sich insbesondere der Capability-Approach-Ansatz (Verwirklichungschancen-Ansatz) als produktiver Bezugspunkt (vgl. Sen 2000; Nussbaum 2002).

Das offensive Vertreten der eigenen Werte bedeutet eine Politisierung des gewerkschaftlichen Handelns. Gewerkschaften können damit verdeutlichen, dass sie keine Klientelpolitik betreiben, sondern hinter ihren Aktivitäten ein gesellschaftspolitischer Anspruch steht. Die gewerkschaftlichen Grundwerte – Solidarität, Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit – sind nach wie vor tief im gesellschaftlichen Alltag verankert. Sie müssen jedoch immer wieder neu konkretisiert, veranschaulicht und weiterentwickelt werden. Werte wie Anerkennung, Respekt und Würde gewinnen heute wieder an Bedeutung (vgl. Allespach; Staadt; Wentzel 2009).

Am Beispiel des Freiheitsgedankens lässt sich gut zeigen, dass man diese Debatten nicht neoliberalen und konservativen Gesellschaftspolitikern überlassen darf. Weil die Vertreter marktradikaler Ideologien unter der Freiheitsflagge segeln, haben die Gewerkschaften ihnen diesen Begriff kaum noch streitig gemacht. Dabei hat das finanzmarktgetriebene Wirtschaftsmodell zu erheblichen Freiheitsverlusten geführt: sowohl durch die wachsende soziale Unsicherheit und Ungleichheit als auch durch die hemmungslose Kommerzialisierung der Welt. Gewerkschaften sollen ihren Freiheitsbegriff, der von Anfang an zu ihren wichtigsten Grundwerten zählte, entschiedener in die öffentliche Debatte tragen. Sie müssen

1. Dekommodifizierung bezeichnet das Ausmaß, in dem die Abhängigkeit von reinen Marktkräften in der Lebensgestaltung und in der Sicherung des Lebensstandards abgeschwächt wird mithilfe der Einführung wohlfahrtsstaatlicher Regulierungen. Mit anderen Worten: Dekommodifizierung bedeutet die Aufhebung des Warencharakters von z. B. der Arbeitskraft oder der Gesundheitsversorgung (vgl. Esping-Andersen 1990, S. 21 u. S. 3)

die Frage offensiver stellen, welches die Voraussetzungen für wirkliche Selbstbestimmung sind, die die Autonomie anderer nicht verletzen und für alle erreichbar sind (vgl. Allespach; Demirovic; Wentzel 2011).

Die Finanzmarktkrise seit 2008, deren Langzeitfolgen noch immer nicht abzusehen sind, verschärft die Dringlichkeit einer Diskussion über einen alternativen gesellschaftlichen Entwicklungspfad. In der IG Metall wird die Diskussion über einen alternativen gesellschaftlichen Entwicklungspfad unter dem Leitbegriff »Kurswechsel« geführt. Ein solcher Kurswechsel erfordert grundlegende Reformen, die mehr als ein Nachjustieren weniger Stellschrauben sind. In Anlehnung an den französischen Soziologen Robert Castel charakterisieren wir eine solche Politikstrategie als linken Reformismus (Castel 2011, S. 219 ff.).

LINKER REFORMISMUS

Die Strategie eines linken Reformismus bedeutet »Weltverbesserung« in Schritten – mal größere, mal kleinere. Es geht um ein Projekt, das im Hier und Jetzt beginnt, über längere Zeiträume angelegt ist, gezielt gesellschaftliche Bündnisse für den Kurswechsel anpeilt, Politikwechselgelegenheiten pragmatisch nutzt und sie vor allem konsequent herbeizuführen sucht. Der linke Reformismus knüpft an die in der Arbeiterbewegung entwickelte reformistische Strategie an, ohne allerdings in die Falle einer rückwärtsgewandten »In den goldenen 1970er Jahren war alles besser«-Verklärung zu tappen.

Der sozialistisch-sozialdemokratische Reformpfad, wie ihn vielleicht am deutlichsten die skandinavischen Staaten ab den 1930er Jahren eingeschlagen hatten, ist nach wie vor ein wichtiger Orientierungspunkt. Er muss aber revitalisiert, erweitert (z.B. um die Frage des ökologischen Umbaus der Gesellschaft) und an heutige Bedingungen angepasst werden.

Auch wenn ein linker Reformismus marktwirtschaftliche Organisation nicht per se ablehnt, so sind die Fragen entschei-

dend, welche gesellschaftlichen Bereiche marktlich reguliert werden sollten und unter welchen politischen Vorgaben dies zu geschehen habe. Castel spricht von der Notwendigkeit, die »Kommerzialisierung sozialer Sicherungsformen« und die »Privatisierung des Sozialeigentums« zurückzudrängen (Castel 2011, S. 211). Es lohnt sich in diesem Zusammenhang, auf die von Gøsta Esping-Andersen in seiner Analyse von Wohlfahrtsstaatsregimen genutzte Analysekategorie der »Dekommodifizierung« zu blicken (Esping-Andersen 1990, S. 35 ff.).¹ Nach mehreren Jahrzehnten marktradikaler Politik ist die Frage, welche Lebensbereiche in welchem Ausmaß aus der Abhängigkeit von marktlichen Prozessen gelöst werden sollen, wieder von entscheidender gesellschaftspolitischer Bedeutung. Es geht um soziale Rechte und Schutzansprüche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. aller Bürger, die einer Durchkommerzialisierung aller Lebensbereiche einen wirksamen Riegel vorschieben.

Sozialstaatliche Sicherungssysteme sind und bleiben ein entscheidender Punkt in einem linken Reformprojekt. Aus mitteleuropäischer Perspektive sind zwei Herausforderungen besonders relevant.

Erstens: Welche Arbeitnehmer- und Bevölkerungsgruppen werden abgesichert? Das betrifft u. a. die Prekarisierung von Arbeit und geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten sowie die Aushöhlung sozialer Sicherung für wachsende Bevölkerungsgruppen.

Zweitens: Wie sind die absichernden Sozialsysteme durch vorsorgende Sicherungssysteme zu erweitern? Hierbei geht es um das Leitbild eines investiven Sozialstaats, der zusätzlich zur Sicherung im »Schadensfall« die Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten seiner Bürger fördert (vgl. Allmendinger 2009, S. 3 ff.; Castel 2011, S. 212).

Die drei wichtigsten Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer neuen Reformstrategie sind die globalisier-

2. Die Problematik, in welchen Politikfeldern welche Akteurskonstellationen sich für ein neues linksreformistisches Projekt abzeichnen bzw. entwickelt werden können, sprengt den Umfang dieses Artikels. Detaillierter in Allesspach; Bartmann 2011, S. 623 ff.

ten Unternehmensstrukturen und Wertschöpfungsketten, die weltweit gestiegene soziale Ungleichheit und der politische Handlungsrahmen der EU. Insbesondere dieser wurde von den progressiven Kräften vernachlässigt. Europa wurde den Marktradikalen zu sehr als Spielwiese überlassen. In einem linksreformistischen Ansatz ist der Ausbau der EU zu einer Sozialunion unerlässlich, da ansonsten europäische Regelungen nationale, sozialstaatliche, arbeitsrechtliche und mitbestimmungsrechtliche Regeln aushebeln können. Unabdingbar sind ebenso ein starker und handlungsfähiger Staat bzw. eine starke und handlungsfähige Europäische Union.

ZWEI UNBEQUEME DISKUSSIONEN

Zum einen: Steuerungsfehlschläge, Ineffizienzen und Intransparenz staatlicher, bürokratischer Leistungserbringung dürfen nicht ignoriert werden. Sie müssen aufgegriffen und Lösungsmöglichkeiten abgewogen und entwickelt werden. Dies ist zwingend notwendig, um der neoliberalen Interpretation, dass grundsätzlich marktliche Prozesse am effizientesten und transparentesten seien, das Wasser abzugraben. Es ist durchaus lohnenswert, sich die Debatte innerhalb der skandinavischen Sozialdemokratie (sie begann bereits in den 1980er Jahren) über einen pragmatischen Mix aus Markt und Staat, über bewusst herbeigeführte kommunale Vielfalt in der Ausgestaltung staatlicher Leistungen und über Qualitätssicherungsmechanismen in den Sozialsystemen anzusehen.

Zum anderen: Welches Staatsverständnis steckt hinter einem linksreformistischen Weg? Auch diese Frage wurde in der skandinavischen Sozialdemokratie (u. a. von Olof Palme) frühzeitig debattiert. Ist es ein bevormundender Staat oder ein Staat, der die »Wahlfreiheiten« der Bürger erweitert – und zwar unabhängig von sozialer Herkunft und Schicht? (Vgl. Palme 1972, zit. n. Berggren 2010, S. 476) Die Bedingungen für ein selbstbestimmtes, gutes und erfülltes Leben bilden die Messlatte für einen linken Reformismus.

Allesspach und Bartmann ordnen die gewerkschaftlichen Diskussionen um einen Kurswechsel, die Idee des Guten Le-

bens und den linken Reformismus in die in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften geführte Diskussion um gesellschaftliche Entwicklungspfade ein (vgl. ausführlicher Allesspach; Bartmann 2011, S. 619 ff.). Sie sehen die Pfaddebatte als ein Instrument der Identifikation gesellschaftlicher Pfade, Pfadabhängigkeiten und Pfadwechselgelegenheiten. Gewerkschaften als politische Akteure können aus der Pfaddebatte wichtige Informationen für ihre eigenen Handlungsoptionen und Strategien ziehen. Aus gewerkschaftlicher Perspektive geht es u. a. darum, auf Pfadwechselgelegenheiten und sie tragende Akteurskonstellationen im Sinne eines Agenda-Setting aktiv hinzuarbeiten.²

Abgrenzen möchten wir uns von Spielarten der wissenschaftlichen Pfaddebatte, die gesellschaftliche Pfadwechsel nur in einschneidenden historischen Wendepunkten für möglich halten. In der neueren Literatur zur Pfadentwicklung werden Pfadwechsel beschrieben, die sich erst aus mehreren, durchaus auch über längere Zeiträume sich verstärkenden »kritischen Entscheidungen« entwickeln (Merkel 2010, S. 73).

DEMOKRATISCHE BETEILIGUNG

Ein Kernelement eines gesellschaftlichen Kurswechsels ist die Demokratisierung der Wirtschaft. Die Begründungen für den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung sowie der Unternehmensmitbestimmung sind vielfältig. Sie greifen die o. g. Überlegungen einer wertebasierten Konzeption des guten Lebens genauso auf wie gesellschaftspolitischen Vorstellungen eines Pfadwechsels. Die Demokratisierung der Wirtschaft stellt damit ein wichtiges Reformprojekt für einen grundlegenden Kurswechsel dar.

1. Begründungen für den Ausbau von Mitbestimmung

Ein erster Begründungszusammenhang ergibt sich aus den Erfahrungen der Krise 2008/2009. Die deutschen Gewerkschaften haben hier einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Krisenintervention geleistet (vgl. Allesspach; Donath; Guggemos 2010). Das Ziel der IG Metall und ihrer Betriebsräte war es, in dieser zugespitzten Situation Massenentlassungen zu verhin-

dern, Arbeitsplätze und Betriebe zu erhalten. Die etablierten betrieblichen und überbetrieblichen Aushandlungsstrukturen waren eine notwendige Voraussetzung zur schnellen und pragmatischen Um- und Durchsetzung vieler Kriseninterventionsinstrumente wie der verlängerten Kurzarbeit oder der kollektiven Nutzung der Arbeitszeitkonten. Hier haben sich vorhandene Mitbestimmungsstrukturen bewährt.

Zugleich mussten Gewerkschaften und Betriebsräte unter den Bedingungen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus bittere Erfahrungen mit der willkürlichen Ausübung wirtschaftlicher Macht machen. Immer öfter sind sie in die Rolle des Verteidigers der wirtschaftlichen Zukunft der Betriebe gegen kurzfristige Profiterwartungen geraten. Gegen Kostensenkungs- und Verlagerungsdrohungen wurden vielfach alternative Szenarien entwickelt, ohne einen wirksamen Hebel zu deren Durchsetzung zu haben. Die Durchsetzung von ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Nachhaltigkeit und die Rückbindung der Unternehmen an gesellschaftliche Verpflichtungen hängen heute wesentlich von der Demokratisierung ökonomischer Macht ab.

Demokratie vollzieht sich im Wesentlichen durch Aushandlung. Insofern ist es demokratietheoretisch auch nicht zu rechtfertigen, dass Unternehmensentscheidungen, die für Lebensbedingungen und Verwirklichungschancen der Einzelnen aber auch ganzer Regionen und der Gesellschaft große Bedeutung haben, weitgehend von demokratischen Prozessen ausgespart sind. Für die betriebliche Mitbestimmung und die Unternehmensmitbestimmung müssen deshalb Wege gefunden werden, um Einfluss auf die wichtigen Unternehmensentscheidungen zu bekommen: Entscheidungen, die alle Beschäftigten eines Betriebs, eines Industriezweigs betreffen, dürfen nicht allein Sache der Kapitaleigner oder eines kleinen Kreises von Managern sein.

Ein Referenzmodell für erweiterte Mitbestimmung kann das vw-Gesetz sein. Im vw-Konzern können beispielsweise Standortverlagerungen und Massentlassungen nur mit

Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat getroffen werden, also nicht gegen die Arbeitnehmerbank. Damit ist ein Aspekt angesprochen, der zwar weniger offensiv vorgetragen wird, aber dennoch eine erweiterte Mitbestimmung begründet: der ökonomische Aspekt. vw gehört trotz und nicht zuletzt wegen seiner erweiterten Mitbestimmungsrechte zu den erfolgreichsten Automobilunternehmen in der Welt. Das beweist, dass Mitbestimmung, wirtschaftlicher Erfolg und gute Unternehmenskultur Hand in Hand gehen können.

Ein weiterer Begründungsstrang für den Ausbau der Mitbestimmung ist ein normativer. Er schließt an die Ideengeschichte der europäischen Aufklärung an: die Durchsetzung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Es geht um ein politisches Projekt, das die Menschen befähigt, ihr Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Es geht um die Beteiligung und die Mitbestimmung bei Themen und Fragen, die alle Menschen angehen.

2. Mitbestimmung als Korrektur- und Konzeptpartizipation

Mitbestimmung hebt Interessengegensätze nicht auf. Sie ist keine Kuschelveranstaltung. Zur Demokratie gehört geradezu das konfliktreiche Geltendmachen von unterschiedlichen Interessen. Dabei sind die Reichweite und die »Tiefenwirkung« von Mitbestimmung entscheidend. Von Partizipation im umfassenden Sinne kann u. E. erst dann gesprochen werden, wenn die Beschäftigten und ihre Repräsentanten (im Sinne direkter und delegativer Mitbestimmung) tatsächlich das Recht haben, sich an wichtigen Entscheidungen gleichberechtigt zu beteiligen. Das setzt voraus, dass es auch zu betrieblichen Diskussionen über Unternehmensstrategien kommt, also darüber, was dem Wohl eines Betriebs und der Beschäftigten dient, was gesellschaftlich nützlich ist, wie ökonomische Effizienz dauerhaft mit diesen Zielen verbunden werden kann. In einem solchen Sinne geht es nicht nur um Mitbestimmung zur Korrektur unternehmerischer Entscheidungen – es geht vor allem auch um Beteiligung der Beschäftigten an strategischen Unternehmensentscheidungen.

Diese weitergehende Vorstellung von Mitbestimmung kann als »Konzeptpartizipation« bezeichnet werden. Notwendig ist dabei zweierlei: Es bedarf einer Entfesselung demokratischer Potenziale auf der dezentralen Ebene, also im Betrieb und in den Unternehmen, und zugleich einer institutionellen Absicherung demokratischer Prozesse.

Die gewerkschaftlichen Forderungen beziehen sich dabei beispielsweise auf die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung bei Sanierungskonzepten, bei Betriebsänderungen, bei Beschäftigungssicherung, beim Recht auf externe Beratung, bei Leiharbeit und Werkverträgen. Gefordert wird die Herabsetzung der Schwellenwerte für die Unternehmensmitbestimmung und die Aufnahme eines verpflichtenden Katalogs von zustimmungspflichtigen Geschäften in das Aktienrecht.

3. Wirtschaftsdemokratie vs. Demokratisierung der Wirtschaft: Mehr als ein sprachlicher Unterschied

Wir sprechen ganz bewusst von der Demokratisierung der Wirtschaft, um uns von den historischen Konzepten der Wirtschaftsdemokratie (Fritz Naphtali und Viktor Agartz), die letztlich auf System- und Eigentumsfragen fokussieren, abzugrenzen. Unser Verständnis der Demokratisierung von Wirtschaft will private, unternehmerische Initiativen nicht ersetzen. Das Verhältnis von Markt und Staat lässt sich nicht als Gegensatz betrachten.

Es geht – ganz im Sinne Castels – nicht um die Frage »Marktwirtschaft ja oder nein«. Die zentrale Frage ist, ob der Markt die Gesellschaft beherrscht oder die Gesellschaft die positiven Mechanismen von Märkten nutzt, wie Marktwirtschaft mit den gesellschaftspolitischen Zielen verbunden werden kann. In diesem Sinne gilt es, Mechanismen zu entwickeln, die einen immer mächtigeren Markt zähmen und dabei die Interventionen des Sozialstaats und öffentliche Dienstleistungen ermöglichen. Huber spricht deshalb von sozialer, marktwirtschaftlicher Demokratie. »Demokratie groß geschrieben, denn sie ist das Ziel, marktwirtschaftlich klein geschrieben, denn sie ist das Instrument.« (Huber 2010 b)

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist kein ausschließlich betriebliches Projekt. Beispielsweise verweisen Fragen des ökologischen Umbaus, der Wachstumsstrategien, der Regulierung von Märkten, der Verteilungsgerechtigkeit und vieles mehr auf gesellschaftspolitische Zusammenhänge, die einzelbetrieblich nicht zu lösen sind.

Trotzdem sind wir uns sicher: Der Ausbau der Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen ist Voraussetzung und Bedingung für eine notwendige Revitalisierung der Demokratie insgesamt. 

MARTIN ALLESPACH

ist Leiter des Funktionsbereichs Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall.

LOTHAR WENTZEL und **MARTIN BARTMANN**

sind Mitarbeiter in diesem Funktionsbereich.

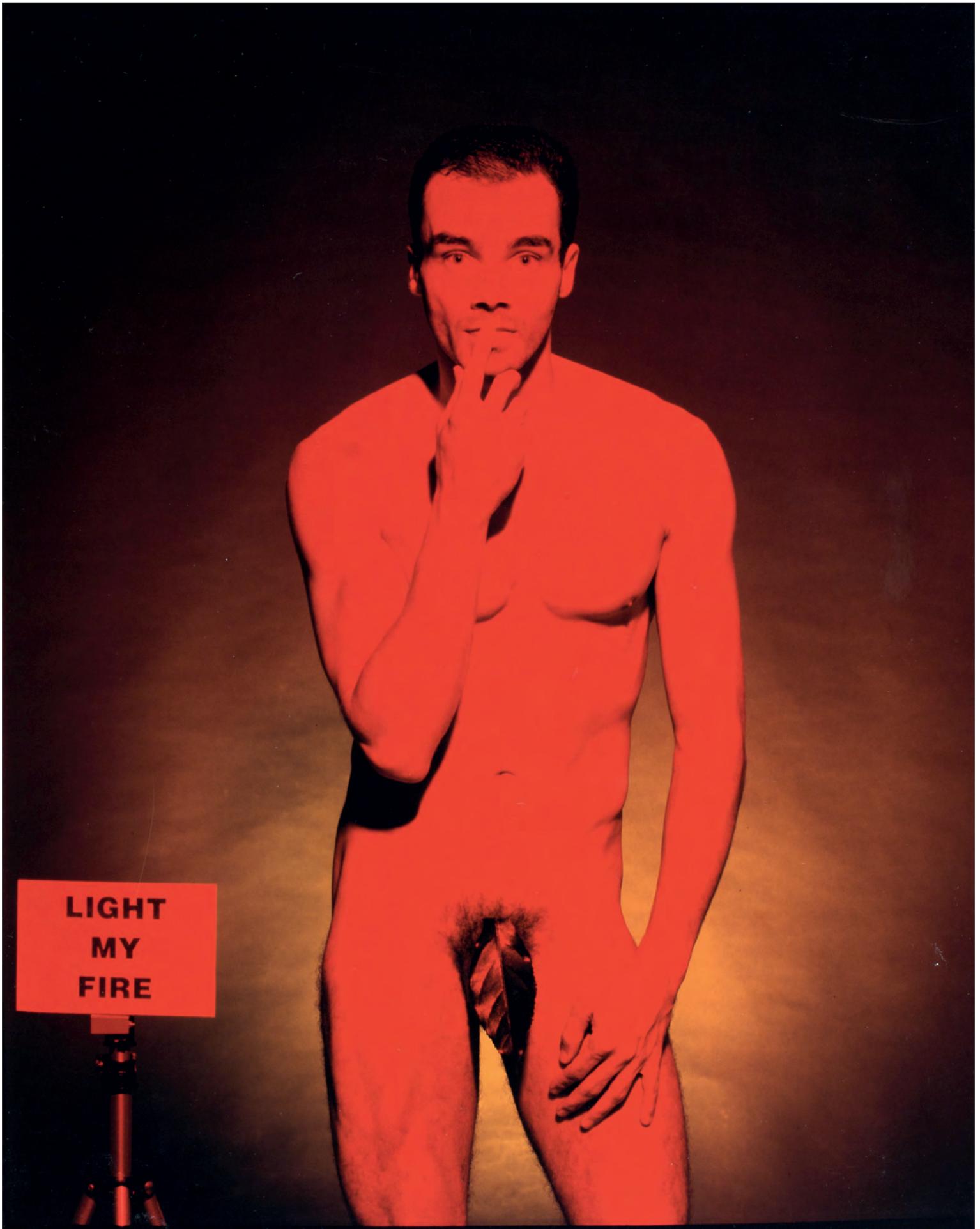
Literatur:

Allespach, Martin; Bartmann, Martin (2011): Dimensionen eines gesellschaftspolitischen Kurswechsels. Überlegungen zu gewerkschaftlichen Zielen und ihren Durchsetzungsstrategien, in: wsi-Mitteilungen 12/2011, S. 619 – 628. | **Allespach, Martin; Demirovic, Alex; Wentzel, Lothar** (2011): Freiheit weiter denken. Wofür stehen die Gewerkschaften?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2011, S. 76–83. | **Allespach, Martin; Donath, Peter; Guggemos, Michael** (2010): Aktiv aus der Krise, in: wsi-Mitteilungen 9/2010, S. 486–490. | **Allespach, Martin; Stadt, Dieter; Wentzel, Lothar** (2009): Vom Mehrwert der Wertedebatte. Gewerkschaftliche Strategiebildung in der Systemkrise, in: Sozialismus 3/2009, S. 42–45. | **Allmendinger, Jutta** (2009): Der Sozialstaat des 21. Jahrhunderts braucht zwei Beine, in: APuZ 45/2009, S. 3–5. | **Berggren, Henrik** (2010): Olof Palme. Vor uns liegen wunderbare Tage. Die Biographie, München. | **Castel, Robert** (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg. | **Esping-Andersen, Gøsta** (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge. | **Huber, Berthold** (2011): Zukunftsreferat auf dem 22. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall am 12. Oktober 2011 in Karlsruhe, http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/11_10_12_%20ZukunftsreferatBertholdHuber_Journalisten_0178977.pdf. | **Huber, Berthold** (Hg.) (2010 a): Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise, in: Huber, Berthold, Frankfurt/New York, S. 13–89. | **Huber, Berthold** (2010 b): Der Finanzmarktkapitalismus ohne Perspektive, in: Handelsblatt vom 07.05.2010, S. 16/17. | **IG Metall** (2011): Kurswechsel. Nachgefragt bei Betriebsrätinnen und Betriebsräten, Frankfurt, http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/docs_ig_metall_xcms_175728_2.pdf. | **Merkel, Wolfgang** (2010): Falsche Pfade? Probleme sozialdemokratischer Reformpolitik, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 7–8/2010, S. 72–75. | **Nussbaum, Martha C.** (2002): Aristotelische Sozialdemokratie: Die Verteidigung universaler Werte in einer pluralistischen Welt, in: Nida-Rümelin, Julian; Thierse, Wolfgang (Hg): Für eine aristotelische Sozialdemokratie, Essen, S. 17–40. | **Palme, Olof** (1972): Rede auf dem SAP-Parteitag 1972, zit. nach: Berggren, Henrik (2010): Olof Palme. Vor uns liegen wunderbare Tage. Die Biographie, München. | **Sen, Armatya** (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München.

BEAUTY CONTEST



BEAUTY CONTEST



Giftige Gaben, treue Genossen und das gute Leben

Elmar Altvater stellt anlässlich des »UN-Jahres 2012 der Genossenschaften« Gedanken über die jahrhundertlange und globale Tradition von genossenschaftlichen Wirtschaftsformen und ihre Bedeutung in aktuellen politischen Auseinandersetzungen an.

Seit dem 1. Januar 2012 befinden wir uns im UN-Jahr der Genossenschaften – und kaum jemand hat es gemerkt. Dabei ist es sehr wohl bemerkenswert, dass die UNO in Zeiten eines (wegen seiner selbst-erklärten Alternativlosigkeit) protzigen Neoliberalismus, von übermächtigen transnationalen Konzernen, unter einer erdrückenden Herrschaft der Finanzmärkte, in einer zerstörerischen Finanz-, Staatsschulden und Währungskrise und unter der Drohung von Energieknappheit, Klimakollaps und Hunger den Genossenschaften und anderen solidarischen Formen des Wirtschaftens den Rücken zu stärken versucht. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hält Genossenschaften zugute, dass sie die internationale Gemeinschaft daran erinnern, wie ökonomische Effizienz und soziale Verantwortlichkeit zugleich verfolgt werden können (<http://social.un.org/coopsyear/>).

GIFTIGE GABEN

Doch ein dem Genossenschaftsgedanken fremder Diskurs wird gleichzeitig eröffnet. Zum Jahresausklang 2011 öffnete das »Handelsblatt« für seine Leserinnen und Leser ein Türchen des Adventskalenders und heraus kam ein langes Interview mit Peter Sloterdijk, der sich darin ausführlich über Schuld und Schulden, über den Steuerstaat und dessen Zumutungen und dann auch (wie schon mehrfach zuvor in der FAZ, vgl. <http://www.petersloterdijk.net>) über die Bedeutung der »Gabe« für den Zusammenhalt von Gesellschaften ausgelassen hat (Handelsblatt, 17.12. 2011). Er zitierte den französischen Ethnologen Marcel Mauss (1878 – 1950), der die Gabe als ein gesellschaftliches Bindemittel identifiziert hatte, durch das wechselseitige Verpflichtungen entstehen, ohne dass es des Austausches auf dem Markt bedürfe und ohne dass der Staat Steuern zur Finanzierung der Staatsausgaben erhebe und so das freiwillige Geben in eine Zwangsgabe verwandle.

Marcel Mauss war ein empirisch arbeitender Ethnologe und hatte immer »archaische« Gesellschaften im Blick, noch nicht einmal feudale oder Sklavenhalter-Gesellschaften, und erst recht keine modernen kapitalistischen Marktwirtschaften mit einem regulierenden und daher auf Steuern der Bürger erpichten Staat. Die Gabe sei die Alternative zur »konfiskatorischen Besteuerung«; diese sei eine »psychopolitische« Zumutung, weil die Steuerbürgerinnen ihrer Autonomie bei der Entscheidung über das individuell Verdiente beraubt würden. Die »öffentlichen Finanzen seien eine Ehrenangelegenheit«. Die Gabe in archaischen Gesellschaften wird von Sloterdijk daher zugleich als zeitloses Prinzip der Vergesellschaftung und als zeitgebundenes, modernes Argument gegen den Sozialstaat in Stellung gebracht.

Doch in archaischen Gesellschaften basieren wechselseitige Gaben auf dichten verwandtschaftlichen Beziehungen, zumeist auf Blutsverwandtschaften, sind also nur in engen Räumen möglich, nicht in einer globalisierten Weltgesellschaft. Sie verlangen Transparenz und müssen der jeweiligen Leistungsfähigkeit angemessen sein. Das Reziprozitätsprinzip verlangt, dass in überschaubaren Abständen von Zeit und Raum eine Gegengabe erfolgt. Moderne Gesellschaften sind jedoch vor allem durch Marktbeziehungen gekennzeichnet, die Regeln von Gabe und Gegengabe sind nicht klar und transparent. Sloterdijks Erwartung, dies könne als »Ehrenangelegenheit« in »Vornehmheit« geregelt werden, gründet nicht auf empirisch kenntnisreichem Realismus, sondern auf ideologischer Voreingenommenheit, die ohne weitere Begründung als allgemeine Norm gesetzt wird.

Empirische Beobachtung zeigt aber, dass es die »ehrenwerte Gesellschaft« ist, die sehr schnell das Heft der Regelung

von »Ehrenangelegenheiten« in die Hand nimmt. Das Lied der Korruption wird angestimmt, und der Chor, der es singt, ist die Mafia.

In Italien hat sich das »dritte«, das produktive und wettbewerbsfähige Italien, auf einer *terra firme* außerhalb des Berlusconi-Sumpfes nicht nur auf Marktbeziehungen verlassen, sondern produktive Netzwerke mit Beziehungen der Reziprozität entwickelt. Die sind stabiler als reine Marktbeziehungen, da sie auch Freundschaften zulassen und sie sind flexibel, da nicht alles explizit vertraglich geregelt werden muss; eine Verabredung bei einem guten Abendessen hat ebenso starke Bindungskraft wie ein notariell besiegelter Vertrag. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. So entsteht das von dem us-Soziologen Putnam als Bedingung für Wirtschaftserfolg identifizierte »Sozialkapital«. Reziprozität ist also in bestimmten historischen Konstellationen ein gesegnetes Unterfangen der ökonomischen Effizienzverbesserung, in anderen ein kriminogener Akt.

Der österreichisch-ungarische Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi hat auch die Bedeutung der Gabe und reziproker Wirtschaftsbeziehungen in vorkapitalistischen bzw. vormarktwirtschaftlichen Zeiten klar erkannt und diese in ein größeres Spektrum von Wirtschaftstypen eingeordnet. Selbstgenügsame, autarke Subsistenzökonomie betreibende Haushalte hat es immer gegeben, und sie gibt es heute und wohl auch in Zukunft. Polanyi kennt daher nicht nur die Gabe und die daraus resultierenden reziproken Verpflichtungen in der archaischen Gesellschaft. Es gibt auch das Prinzip der Redistribution, der machtvollen Umverteilung durch eine zentrale Staatlichkeit.

Das ist ein vormoderner Zentralismus, der auch heute nicht verschwunden ist. Denn Märkte, ganz besonders gilt dies für Finanzmärkte, haben sich aus natürlichen Begrenzungen und gesellschaftlichen Bindungen herausgelöst und drängen sich fetischhaft verselbständigt als ein externer Sach-

zwang Gesellschaft und Politik auf. Dessen Regeln können die Menschen als »homines oeconomici« rational deuten und befolgen. Das verlangen die neoliberalen Theorien von ihnen. Als konkrete Menschen, als Griechen oder Spanier, auch als Deutsche und Österreicher hingegen leiden sie darunter, weil auch die modernen Menschen in der Marktwirtschaft nicht nur homines oeconomici sind, sondern leidende und mitleidende Menschen aus Fleisch und Blut. Daher sind politische Begrenzungen der Marktfreiheiten für das menschliche Wohlergehen unabdingbar.

TREUE GENOSSEN

Die Polanyi'sche Typologie von Wirtschaften beschränkt sich auf die Regulation von Zirkulation und Verteilung des bereits Produzierten. Die Erinnerung der UNO an die jahrhundertelange und globale Tradition von genossenschaftlichen Wirtschaftsformen reicht über die Verteilung hinaus zur Art und Weise des Produzierens und Konsumierens, und diese kann kollektiv in der Form der Genossenschaft und anderen gemeinwirtschaftlichen und wirtschaftsdemokratischen Formen erfolgen. Genossenschaften haben tief in der jeweiligen Gesellschaftsgeschichte verwurzelte Traditionen. Sie haben mit dem Kapitalismus einen Aufschwung erlebt. Sie repräsentieren, wie der britische Historiker E.P. Thompson schrieb, die »moral economy« gegen die kapitalistische Hauptströmung von Profitmaximierung und Ausbeutung, gegen die schnöde »Moral des Erwerbs«.

Oft sind Genossenschaften »Kinder der Not«, die organisierte Selbsthilfe gegen Hunger und andere Nöte. Willy Brandt schreibt in seinem auch heute lesenswerten »Bericht aus Deutschland« von 1946: »Als wir noch reich waren, wollten wir keine Sozialisten sein. Jetzt, wo wir arm geworden sind, sind wir gezwungen, es zu werden.« (307)

Genossenschaften sind sehr häufig aus dem Geist der Rebellion geboren. Die moralische Ökonomie entsteht daher immer wieder neu als Verteidigung der Würde von »In-

dignados«, von erniedrigten, überausgebeuteten und daher empörten und aufmüpfigen, von ungerecht behandelten, verzweifelten Menschen. Genossenschaften sind folglich Experimentierfelder für gesellschaftliche Alternativen. Diese sind keineswegs immer und überall dieselben. Die deutschen Genossenschaften, die italienischen Kooperativen, das »gute Leben« (*buen vivir*) indianischer Gemeinschaften in Lateinamerika heute oder das russische Artel im vorrevolutionären Russland unterscheiden sich, und daher ist der weitere Begriff der »solidarischen Ökonomie« der angemessenere, um die Vielfalt des genossenschaftlichen Wirtschaftens erfassen zu können.

Der Boom von Genossenschaften in Argentinien zu Beginn des 21. Jahrhunderts war eine direkte Folge der schweren Wirtschaftskrise am Ende der Menem-Ära mit ihrer brutal-neoliberalen Politik der Enteignung der kleinen Leute. Die Marktwirtschaft funktionierte nicht mehr, als in der Krise der späten 1990er Jahre die US-Dollars ausblieben, die die Basis des umlaufenden Geldes waren. Der »konfiszierende« Staat funktionierte auch nicht, weil bei den Bürgerinnen und Bürgern nichts zu konfiszieren war. »Sozioterritoriale Bewegungen« der Land- und Fabrikbesetzungen reorganisierten zunächst spontan und insgesamt erfolgreich Produktion und Verteilung, bis den Besetzungen von sozialen (aber auch territorialen) Räumen eine legale Form durch hoheitlichen Akt gegeben wurde, und zwar durch den Staat in der Rechtsform der Genossenschaft. »Occupy« hat also eine Vorgeschichte mit den nicht unbedacht so genannten »sozioterritorialen« Bewegungen, die Territorien in Besitz genommen haben.

In der europäischen Krise entwickeln sich heute neue solidarische Wirtschaftsformen. Dazu zählen Neugründungen von Genossenschaften, wie der deutsche Genossenschaftsverband (<http://www.genossenschaften.de/>) selbstbewusst mitteilt, und nicht alle Neugründungen sind spektakulär. Dazu gehören auch lokale und internetbasierte Tauschringe. Diese sind direkte Maßnahmen gegen die Not der schweren Krise,

die sich ja konkret als massiver Verlust von Arbeitsplätzen, als eine oftmals brutale Kürzung von Einkommen und als tiefe Einschnitte bei sozialstaatlichen Leistungen, als Privatisierung von für das Leben der Menschen wichtigen öffentlichen Gütern und als Kontrollverlust über die Entscheidungen, die Menschen im Betrieb unmittelbar betreffen, bemerkbar macht. Hier sind gewerkschaftliche Initiativen präsent, z. T. mit traditioneller wirtschaftsdemokratischer Agenda bezogen auf noch existierende industrielle Strukturen, z. T. in Allianzen mit sozio-territorialen Bewegungen wie der occupy-Bewegung, um öffentliche Räume zurückzugewinnen.

In Lateinamerika hat die Bewegung einer »solidarischen Ökonomie« die Unterstützung von Regierungen gefunden, in Venezuela, Brasilien, Ecuador, Bolivien und anderswo. Genossenschaften und andere Organisationen der solidarischen Ökonomie wie Nachbarschaftsgruppen, Suppenküchen, Kindergärten finden also staatliche Unterstützung und daher kommt unweigerlich die Frage auf die Tagesordnung, ob genossenschaftliche, solidarische Aktivitäten mit dem Staat, im Staat selbst oder aber gegen den Staat organisiert werden (vgl. dazu Zelik 2008 und 2011), wie gesellschaftliche, wie genossenschaftliche Produktion und staatliche Verteilung und Umverteilung eine Einheit bilden können, wie der nationale Staat, gesellschaftliche Initiativen, Bewegungen, Organisationen im öffentlichen Raum, aber auch in der Produktionssphäre und dann noch vermittelt mit globalen Institutionen und Kommunikationsplattformen das zukünftige Gesellschaftsmodell eines »Sozialismus im 21. Jahrhundert« möglicherweise gestaltet werden könnte.

Die von der UNO zum Jahr der Genossenschaft publizierten Zahlen können ebenso als Erfolgsmeldung von der Kraft der Solidarität wie als Indikatoren für die Not in der Welt gelesen werden: 800 Millionen Menschen in etwa 100 Ländern sind Genossinnen und Genossen in ländlichen und gewerblichen, in Wohnungsbau- und Kreditgenossenschaften. Energiegenossenschaften sind beim Ausstieg aus den fossilen und

nuklearen Großkraftwerksanlagen und beim Einstieg in eine de-karbonisierte solare und daher dezentrale Energiewirtschaft en vogue. Auch Ärzte organisieren sich genossenschaftlich in Praxis-Gemeinschaften. Kommunale Dienstleistungen werden, nachdem sie unter dem Druck der Staatsschuldenkrise abgebaut worden sind, nun in der Form der Genossenschaft erbracht. Sogar sogenannte Kreative, die Urbilder des neuen und nicht nur von Neoliberalen verhimmelten Individualismus, erbringen ihre Dienstleistungen häufig in genossenschaftlicher Form. Man kann Kosten sparen, das Risiko auf mehrere Schultern verteilen, Synergien mobilisieren und obendrein noch Spaß an der Sache haben. Die Vielfalt in der genossenschaftlichen Arena ist also sehr groß (<http://www.ica.coop/al-ica/>).

Es scheint als ob Franz Oppenheimers »Transformationsparadox«, das er gegen Ende des 19. Jahrhunderts in seiner Schrift über die »Siedlungsgenossenschaft« aufstellte, auch in der gegenwärtigen Krise gilt: Ökonomisch erfolgreiche Genossenschaften transformieren sich in kapitalistische Unternehmen. Auch Genossenschaften können profitabel sein, wenn sie sich nach innen zwar genossenschaftlich organisieren, nach außen aber abschließen und auf dem Markt konkurrieren. Dann unterscheiden sie sich wohl in der Binnenorganisation, nicht aber nach außen von einem gut geführten Unternehmen auf dem Markt. Doch vollzieht sich die Transformation offensichtlich auch umgekehrt. Notleidende kapitalistische Unternehmen werden in Genossenschaften überführt bzw. es werden Genossenschaften gegründet, wenn die kapitalistischen Unternehmen in der Krise fallieren.

Wenn der Lack des kapitalistischen Wachstums- und Wohlstandsmodells blättert, kommen sehr viele verschüttete Traditionen wieder ans Tageslicht. Daher nimmt es kein Wunder, wenn in allen OECD-Ländern und nicht nur in den »Entwicklungs- und Schwellenländern« der »dritte« Non-Profit-Sektor blüht und mehr Arbeitsplätze bietet als die traditionsreiche Industrie. Es können die immer gegenwärtigen Initiativen der

Realisierung eines Lebens und Arbeitens jenseits der Zwänge von Kapitalverwertung in Einklang mit den gesellschaftlichen Traditionen und der Natur auch über regionale und nationale Räume hinaus Attraktivität entfalten. Das ist der Grund für die Aufmerksamkeit, die heute die Erfahrungen der »solidarischen Ökonomie« oder das Konzept des »buen vivir« aus dem andinen Raum weit darüber hinaus findet.

DIE ÖKONOMIE DES GUTEN LEBENS

Genossenschaften sind nicht die einzigen alternativen Wirtschaftsformen zum marktwirtschaftlich-kapitalistischen »mainstream«. So wie sich in verschiedenen Weltregionen »varieties of capitalism« herausgebildet haben, die intensives sozialwissenschaftliches Studium auslösten, mit dem ideale Kombinationen von Ingredienzien eines effizienten Hybrid-Kapitalismus herausgefunden werden sollten, können auch variierende Schrittfolgen aus dem Kapitalismus heraus getanzte werden. Das Ende der Geschichte gibt es nicht, das Ende des Kapitalismus (wie wir ihn kennen) aber sehr wohl. In den Marx'schen Entwürfen eines Briefes an die russische Volkstümelerin Vera Sassulitsch aus dem Frühjahr 1881 (MEW 19: 242f.; 384-406) wird die Offenheit der post-kapitalistischen Geschichte explizit thematisiert. Vera Sassulitsch möchte von Marx nämlich wissen, ob sich erst der Kapitalismus voll entfalten müsse, bevor an den Übergang zum Sozialismus zu denken sei oder ob nicht die – genossenschaftliche – russische Dorfgemeinde bereits als nicht- oder postkapitalistische Vorform des Sozialismus gelten könne.

Zunächst lehnt Marx jeden Geschichtsdeterminismus ab. »Die »historische Unvermeidlichkeit« (der radikalen Trennung des Produzenten von den Produktionsmitteln – EA) ist ... ausdrücklich auf die Länder Westeuropas beschränkt.« Denn »bei dieser Bewegung im Westen handelt es sich um die Verwandlung einer Form des Privateigentums in eine andere Form des Privateigentums. Bei den russischen Bauern würde man im Gegenteil ihr Gemeineigentum in Privateigentum umwandeln ... das Spezialstudium, das ich darüber getrieben und

wofür ich mir Material aus Originalquellen beschafft habe, hat mich davon überzeugt, daß diese Dorfgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands ist...« (MEW 19: 242f.) Das Gemeineigentum sichert dem Gemeinwesen eine feste Grundlage (MEW 19: 404), das private Eigentum gewährleistet Flexibilität der Entwicklung und stimuliert individuelle Initiativen. Dieser Dualismus, so Marx, ist dynamisch, weist aber bereits »Keime der Zersetzung« auf. Doch letztlich hängt alles »vom historischen Milieu ab, in dem sie (die Dorfgemeinde – EA) sich befindet« (ebenda). Deshalb kann es sein, dass »das Vertrautsein des russischen Bauern mit dem Artel ... ihm speziell den Übergang von der Parzellen- zur genossenschaftlichen Wirtschaft erleichtern (würde)« (ebenda). Genossenschaften sind also Formen, in denen verschlafene oder eingeschlaferte Traditionen wieder zu einem Leben jenseits des Kapitalismus erweckt werden können.

MENSCH-NATUR-VERHÄLTNIS

Das ist auch die Erfahrung eineinhalb Jahrhunderte später in Lateinamerika. Die Plünderung des Ressourcenreichtums des Kontinents, die Ausbeutung der Menschen, die Respektlosigkeit gegenüber den indigenen Traditionen, die Missachtung der politischen Souveränität durch die imperialistischen Mächte in den vergangenen Jahrhunderten bis in unsere Tage werden nicht mehr akzeptiert. Das »gute Leben« (*buen vivir* oder *vivir bien*) wird in Bolivien und Ecuador sogar zum Verfassungsprinzip erhoben. Es wird als *buen convivir* oder *convivir correctamente* gedeutet, d. h. als gutes Zusammenleben in einer Gemeinschaft, in einer Genossenschaft im Einklang mit der Natur, also auf »nachhaltige« Weise. Mehr noch: die Natur wird als eigenständige Rechtsperson, als »*pachamama*« verstanden. Die Rechte, beispielsweise von Unternehmen an der Ausbeutung von Ressourcen, enden an den Rechten der Natur. Dieses Verständnis des Mensch-Natur-Verhältnisses überschreitet das rationalistisch geprägte und dann im Kapitalismus in globalisierter Praxis realisierte Modell der Herrschaft über die Natur, der ununterbrochenen Inwertsetzung von Naturressourcen.

Die Ambivalenz freilich ist auch offenbar. Denn die Verfassung des *buen vivir* ist nicht gleichbedeutend mit der Verfassungswirklichkeit des »neuen Extraktivismus«, also der Rohstoffausbeutung angesichts steigender Rohstoffpreise. Dann reduziert sich der Fortschritt schnell auf Deviseneinnahmen aus Rohstoffexporten, die aber – und das macht einen Unterschied – nicht nur transnationale Konzerne bereichern, sondern auch für soziale Projekte der ärmeren Bevölkerung verwendet werden. Nachbarschafts- und Stadtteilgruppen werden finanziert, Genossenschaften auf dem Lande werden subventioniert, öffentliche Dienste werden wiederbelebt. Das ist nicht wenig, aber das Tanzfest in den »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« hat mehr im Programm. 

ELMAR ALTVATER

ist em. Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Zuletzt publizierte er als Vordenker der globalisierungskritischen Bewegung bekannte Wissenschaftler 2010 »Der große Krach: oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur« im Verlag Westfälisches Dampfboot.

Literatur

Brandt, Willy: Verbrecher und andere Deutsche, Dietz Verlag Bonn 2007 | Oppenheimer, Franz (1896): Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage, Leipzig | **Evers, Adalbert; Laville, Jean Louis,** ed., The Third Sector in Europe, Edward Elgar Cheltenham und Northampton, Mass. 2004 | **OECD,** The Non-profit sector in a changing world, Paris 2003

BEAUTY CONTEST



Gemeinwohl ist Gewinn

In der gegenwärtigen Wirtschaft wird Gewinn mit Finanzprofit gleichgesetzt, der jedoch nichts Verlässliches über Grundwerte und -bedürfnisse aussagt. Diese sind oft nur Mittel zum Zweck oder Nebeneffekt. Die Gemeinwohl-Ökonomie will die Systemspielregeln so ändern, dass das Gemeinwohl zum Zweck der unternehmerischen Initiative und Tätigkeit wird. Die Idee ist nach nur einem Jahr zu einer internationalen Bewegung geworden: Mehr als einhundert Pionier-Unternehmen erstellen heuer erstmals ihre Gemeinwohl-Bilanz.

Die beiden entscheidenden wirtschaftlichen Erfolgsindikatoren sind heute das Bruttoinlandsprodukt auf der Makroebene und der unternehmerische Finanzgewinn auf der Mikroebene. Beiden Erfolgsindikatoren gemein ist, dass sie monetäre Indikatoren sind und nichts Verlässliches über das aussagen, was der großen Mehrheit der Menschen wichtig und wertvoll ist – sie messen nur Tauschwerte, aber keine Nutzwerte.

So sagt ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt nichts Verlässliches darüber aus, ob ein Land im Frieden lebt oder im Krieg; ob es sich um eine Demokratie handelt oder um eine Diktatur; ob die Ökosysteme systematisch zerstört oder bewahrt werden; ob die Verteilung einigermaßen gerecht ist oder ein kleiner Teil fast alles besitzt und ein Teil der Menschen hungert; ob der soziale Zusammenhalt stärker wird oder schwächer; ob das Vertrauen zunimmt oder die Angst ... Ein steigendes BIP kann für die große Mehrheit der Menschen einen Verlust an Lebensqualität, Sicherheit und Genuss bedeuten, die Zerstörung von Zukunftschancen und sogar ein geringeres finanzielles Einkommen. Dennoch sieht immer noch die Mehrheit der ÖkonomInnen und PolitikerInnen im BIP das Maß für gesellschaftlichen Wohlstand. Das Wirtschaftswachstum ist ungebrochen das Politikziel Nummer eins.

ERFOLG NEU MESSEN AUF DER SYSTEMEBENE ...

Immerhin hat eine breite Suche nach alternativen Wohlstand-Indikatoren eingesetzt, der deutsche Bundestag hat eine Enquete-Kommission beauftragt. Am weitesten gekommen ist bisher der Kleinstaat Butan: Dort wird das »Bruttonatio-

nalglück« erhoben. Das ist kein komplexes mathematisches Modell oder Aggregat, sondern 70 Fragen an alle Haushalte: Vertrauen Sie ihrem Nachbarn oder ihrer Nachbarin? Haben Sie täglich Zeit zum Beten, Meditieren oder Pause machen? Das Glück lässt sich nicht messen, heißt es oft lakonisch; doch mit 70 Fragen kann man ihm sehr nahe kommen. Man muss es ja nicht Glück nennen. Ein »Gemeinwohl-Produkt oder -Index« könnte vielleicht 25 wichtige Lebensqualitätsfaktoren erheben. Dann wüsste wir besser, wie es uns geht, als mit dem BIP.

... UND AUF UNTERNEHMENSEBENE

Auf der einzelbetrieblichen Ebene dasselbe: Ein größerer Finanzgewinn eines Unternehmens sagt rein gar nichts Sicheres darüber aus, ob das Unternehmen Arbeitsplätze schafft oder abbaut; ob die Arbeitsplatzqualität besser oder schlechter wird; ob der gemeinsam geschöpfte Wert gerecht oder sehr ungleich verteilt wird; ob Frauen gleichbehandelt und -bezahlt oder diskriminiert werden; ob Produkt, Produktionsmethode und Vertrieb ökologisch nachhaltig sind oder unachtsam; ob das Unternehmen Waffen herstellt oder bioregionale Lebensmittel. Warum um alles in der Welt verwechseln wir dann aber den Erfolg eines Unternehmens mit seinem Finanzgewinn?

Das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie versucht diese »Unschärfe« zu beseitigen, in dem es die Mittel-Zweck-Koordinaten für Unternehmen »umpolt«. Das Gemeinwohl soll nicht länger der erhoffte Nebeneffekt des (größtmöglichen) Finanzgewinns sein, sondern zum Zweck unternehmerischen Initiative werden. Adam Smiths historischer Ausspruch:

»Nicht vom Wohlwollen des Bäckers, Brauers, Metzgers erwarten wir unser tägliche Mahlzeit, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen verfolgen« wird gewandelt in »Vom Wohlwollen aller Wirtschaftsakteure erwarten wir das Wohl aller.«

Was ist das Gemeinwohl? Und wie kann es gemessen werden? Dazu gibt es zunächst erfreulich übereinstimmende Vorarbeiten: »Berührungsgruppen« (Stakeholder) wünschen sich weltweit von Unternehmen Transparenz, soziale Verantwortung, ökologische Nachhaltigkeit, Stärkung der Demokratie sowie gesamtgesellschaftliche Solidarität. Die »Gemeinwohl-Bilanz«, das Herzstück der Gemeinwohl-Ökonomie, misst, wie diese fünf Grundwerte, gegenüber den Berührungsgruppen gelebt werden: Wie sinnvoll und ökologisch nachhaltig ist das Produkt? Wie ist die Qualität der Arbeitsplätze? Wie gerecht werden die Erträge verteilt? Sind Frauen und Männer gleichgestellt, auch in der Entlohnung? Dürfen die Beschäftigten mitbestimmen?

Die Gemeinwohl-Bilanz besteht derzeit aus 18 Gemeinwohl-Kriterien, die diese Leistungen in Gemeinwohl-Punkten messen. Maximal sind 1000 Punkte erreichbar. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz des Unternehmens, desto größer sind die rechtlichen Vorteile, zum Beispiel: günstigerer Mehrwertsteuersatz, niedrigerer Zoll-Tarif, günstigerer Kredit bei der Demokratischen Bank oder Vorrang im öffentlichen Einkauf. Dadurch werden die ethischen Produkte billiger werden als die unethischen.

Das wiederum hilft den KonsumentInnen. Das Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis könnte in fünf Farbstufen dargestellt werden (0–200 Punkte rot, 201–400 Punkte orange ... 801–1000 Punkte grün). Diese Farbe könnte auf oder neben dem Strichcode auf allen Produkten aufscheinen – dann hätten die KonsumentInnen eine klare Orientierung für die Kaufentscheidung. Wer mit dem Handy über den Strichcode fährt, hat auf dem Display sofort die vollständige Gemeinwohl-Bilanz online.

Außerdem erhalten Unternehmen umso mehr Gemeinwohl-Punkte, je besser ihre Zulieferer und Geldgeber »performen«: Eine mächtige Aufschaukelungsspirale in Richtung Gemeinwohl kommt in Gang.

GELD NUR NOCH EIN MITTEL

Die Finanzbilanz bliebe erhalten, aber das Gewinnstreben würde eingeschränkt, Finanzgewinn nur noch als Mittel zugelassen: Nach wie vor verwendet werden dürfen Gewinne für soziale und ökologisch wertvolle Investitionen, Kreditrückzahlungen, begrenzte Ausschüttungen an die Mitarbeitenden oder Rückstellungen. Nicht mehr erlaubt wären hingegen: feindliche Übernahmen, Investitionen auf den Finanzmärkten und die Ausschüttung an Personen, die nicht im Unternehmen mitarbeiten. Die drei wichtigsten Folgen dieser Umpolung wären:

1. Wenn der Profit nicht mehr maximiert werden und Konkurrenz-Unternehmen nicht mehr feindlich übernommen werden dürfen, macht Wachstum als Hauptstrategie keinen Sinn. Alle Unternehmen wären vom allgemeinen Wachstumszwang und gegenseitigen Fresszwang – der kapitalistischen Systemdynamik – erlöst.

2. Kooperation würde hingegen systemisch belohnt. Wenn Unternehmen offen kalkulieren, Wissen teilen, kooperativ informieren statt aggressiv werben oder sich an der solidarischen Abfederung von Marktschwankungen beteiligen, erhalten sie Vorteile. Dadurch würden wir uns dem annähern, was »Konkurrenz« im Lateinischen bedeutet: nicht gegeneinander agieren, sondern »miteinander laufen« (»con-currere«): aus einer Win-lose- würde eine Win-win-Systemordnung.

3. Schließlich würden mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr Menschen und Menschengruppen private Unternehmen gründen, weil sie sich in diesem neuen Ordnungs- und Anreizrahmen menschlich wohler fühlen als im gegenwärtigen System, in dem selbst das bewusste Ausleben menschl-

cher Schwächen keinen Nachteil darstellt oder sogar Vorteile bringt, weil keine Bilanz zur Rechenschaft zwingt.

NICHTS NEUES IM ABENDLAND

Das Gemeinwohl-Ziel ist so alt wie das Abendland: Platon postulierte es als »Ziel der politischen Gemeinschaft«, Cicero sah darin das »oberste Gesetz«, Thomas von Aquin prägte das Wort »bonum commune« einen Grundpfeiler der christlichen Soziallehre und in der Bayerischen Verfassung steht schon seit 1946 in Artikel 151: »Alle wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.«

Der »Gesamtprozess Gemeinwohl-Ökonomie« startet im Oktober 2010 mit dem Symposium »Unternehmen neu denken« im Wiener »Hub« und ist in nur einem Jahr zu einer internationalen Bewegung geworden: Mehr als 350 Unternehmen aus acht Staaten unterstützen die Initiative, darunter Sekem (Ägypten, 1850 Beschäftigte), KWB (Steiermark, 300), Sonnentor (Waldviertel, 140), GEA (Waldviertel, 125), Thoma (Salzburg, 120), Grüne Erde (Oberösterreich, 400) Rhomberg (Vorarlberg, 1000), oder die Sparda Bank München (Bayern, 650).

Mehr als 100 Unternehmen haben sich Pioniergruppe gemeldet – sie erstellen heuer erstmals ihre Gemeinwohl-Bilanz. Neben den PionierInnen haben sich – spontan – elf weitere AkteurInnen-Kreise gebildet: BeraterInnen, AuditorInnen, ReferentInnen, Botschafter, IT-Team und vor allem: 18 regionale Energiefelder in Österreich, Italien, Deutschland und der Schweiz.

Das »Redaktionsteam Gemeinwohl-Matrix« sammelt laufend Feedback von den Pionier-Unternehmen und entwickelt einmal jährlich eine neue Bilanz. Nach mehreren Jahren und Erweiterungskreisen soll die Vorarbeit einem demokratischen Konvent übergeben werden, der daraus ein Gesetz formuliert, das dem Souverän zur Entscheidung vorgelegt wird. Nimmt der Souverän das Gesetz an, würde es in der Verfassung fest-

geschrieben und könnte zum Beispiel alle fünf Jahre in Folgekonventionen weiterentwickelt werden. Natürlich brächte das einige Änderungen und Aufgabe von Gewohnheiten mit sich; jedoch ist die aktive Gestaltung des Wandels die sinnvollere und freiere Strategie als das Warten auf den großen Krach. 🍷

CHRISTIAN FELBER

unterrichtet Globalisierungskritik an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist vielfacher Buchautor und Erfinder der Gemeinwohl-Ökonomie, die im August bei Deuticke als Buch erschien und bereits von 300 Unternehmen aus fünf Staaten unterstützt wird: www.gemeinwohl-oekonomie.org

BEAUTY CONTEST



Armut in einem reichen Land

Während allerorts von Budgetsanierung und der verhältnismäßig günstigen wirtschaftlichen Lage in Österreich die Rede ist, nehmen Ungleichheit und Armut auch in Österreich zu. Die Volkshilfe-Expertin Verena Fabris über Definitionen, Ursachen und Gegenstrategien zum Thema Armut.

Wann konnten Sie sich das letzte Mal einen Kino-Besuch nicht leisten? Wann mussten Sie sich am Ende des Monats überlegen, ob sie lieber die überfällige Stromrechnung bezahlen oder Essen einkaufen? Wann haben Sie sich gescheut, neue Bekannte nach Hause einzuladen, weil Sie sich für den Zustand Ihrer Wohnung schämen?

Für Menschen, die in Armut leben, gehören diese Situationen zu ihrem Alltag. Arm zu sein, heißt mehr als kein Geld zu haben. Arm ist nicht nur, wer auf Parkbänken schlafen muss. Armut ist ein Mangel an Teilhabechancen. Armut bedeutet Stress. Und Armut wird vererbt, Kinder von armen Eltern sind die armen Erwachsenen von morgen. Arme haben die schlechtesten Jobs, die geringsten Einkommen, die kleinsten und feuchtesten Wohnungen und wohnen in den schlechtesten Vierteln, sie sind öfter krank als Menschen mit gutem Einkommen und sterben im Schnitt sieben Jahre früher.

Armut ist ein höchst emotionales Thema. Kann jemand arm sein, der ein Auto oder ein Mobiltelefon besitzt? Wenn Besitzende armen Menschen vorschreiben, auf welche Güter sie verzichten sollen, die für sie selbst eine Selbstverständlichkeit darstellen, wird die Schwierigkeit, Armut zu definieren, offensichtlich.

DEFINITIONEN VON ARMUT

Armut in einem reichen Land wie Österreich schaut anders aus als Armut einem armen Land wie Burundi und ist oft nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Armut ist relativ zum Lebensstandard eines Landes zu sehen. Eine gängige Definition von Einkommensarmut besagt, dass als armutsgefährdet

gilt, wer weniger als 60% des Medianeinkommens zur Verfügung hat.

In Österreich sind das für eine alleinlebende Person 1.031 Euro. Für Mehrpersonenhaushalte erhöht sich der Betrag um 516 Euro pro Erwachsenen bzw. um 309 Euro pro Kind. Für eine Alleinerzieherin mit drei Kindern wären das 1.958 Euro, für eine aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern bestehende Familie 2.165 Euro. Von akuter Armut wird gesprochen, wenn zu Einkommensarmut ein Mangel an wesentlichen Lebensbereich hinzukommt: Die Wohnung nicht angemessen warm halten können, abgetragene Kleidung nicht ersetzen können, keine unerwarteten Ausgaben tätigen können, sich nicht zwei Mal in der Woche Fleisch leisten zu können, nicht auf Urlaub fahren zu können, Freunde oder Verwandte nicht einmal im Monat einladen zu können.

Über eine Million Menschen sind in Österreich armutsgefährdet, 511.000 Menschen sind manifest arm, das ist ein neuer Höchststand seit Beginn der statistischen Erhebungen. Die am stärksten gefährdeten Gruppen sind Menschen ohne österreichische oder EU-Staatsbürgerschaft (31 Prozent), AlleinerzieherInnen (28 Prozent) sowie Langzeitarbeitslose (29 Prozent). Allein lebende Pensionistinnen (26 Prozent) sowie Familien mit mehr als zwei Kindern (18 Prozent) haben ebenfalls ein hohes Armutsrisiko.

URSACHEN VON ARMUT

Armut ist ein mehrdimensionales Problem und die Gründe für Armut sind vielfältig. Erwerbsarbeit ist ein wesentlicher Faktor für einen guten Lebensstandard. Fast ein Drittel der Personen, die mehr sechs Monate arbeitslos sind, sind armuts-

gefährdet. Aber auch Arbeit schützt nicht immer vor Armut. 206.000 Menschen in Österreich können von ihrem Einkommen nicht leben. Sie bilden mit 38 % eine der größten Gruppen der Armutsgefährdeten im erwerbsfähigen Alter.

Bildung steht in einem engen Zusammen zu guten entlohnen Arbeitsverhältnissen. Demnach sind Personen mit Hochschulbildung am seltensten von dauerhafter oder zeitweiliger Armut betroffen. Im Zeitraum von 2006 bis 2009 waren 85 % dieser Personengruppe nie armutsgefährdet. Demgegenüber waren nur 62 % der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss nie armutsgefährdet. Weitere Gründe für Notlagen sind Krankheiten, die wiederum mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit in Verbindung stehen können. Auch die familiäre Situation spielt eine Rolle, so zählen Familien mit mehr als zwei Kinder zu den vermehrt von Armut betroffenen Gruppen.

Frauen sind häufiger von Armut betroffen als Männer. Die Ursachen dafür sind vielfältig und reichen von schlechteren Bildungsmöglichkeiten über erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt, unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten bis zur Pflegezuständigkeit für Familienangehörige.

Armut ist ein Ausdruck der Ungleichverteilung von Reichtum und eine Folge der sozialen Ungleichheit. Je sozial gespaltener eine Gesellschaft ist, umso mehr dauerhafte Armut existiert und umso stärker beeinträchtigt sind die Zukunftschancen in Armut aufwachsender Kinder. Armut wird nicht von Einzelnen verursacht, noch ist sie individuellem Versagen verschuldet. Armut hat strukturelle Ursachen in der Ungleichverteilung von Vermögen, in einem Bildungssystem, das soziale Benachteiligungen nicht ausreichend ausgleicht und einem Arbeitsmarkt, der gering Qualifizierten kaum mehr Möglichkeiten bietet.

Armut kann entgegen gewirkt werden, und der Sozialstaat tut das auch. Ohne staatliche Transferleistungen wären drei

Mal so viele Menschen armutsgefährdet. Neben materiellen Leistungen sind weitere Unterstützungsangebote notwendig. Maßnahmen zur Armutsbekämpfung müssen auf mehreren Ebenen wirksam sein.

MATERIELLE EXISTENZSICHERUNG

Zunächst muss die Höhe materiellen Mindestsicherung existenzsichernd sein. Aus der Begegnung mit Menschen, die auf Mindestsicherung angewiesen sind, zum Beispiel in den Volkshilfe-Beratungsstellen, wird deutlich, dass die Höhe der Sozialhilfe (so wie auch die Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung) in sehr vielen Fällen nicht einmal ausreicht, um einen bescheidenen Lebensstandard sicherzustellen. Die Höhe der materiellen Mindestsicherung darf nicht unter der Einkommensarmuts-Schwelle von derzeit 1.031 Euro liegen.

Außerdem müssen die tatsächlichen Wohnkosten abgedeckt werden. Im derzeitigen Mindestsicherungsmodell ist der Wohnbedarf mit 25 % der Gesamtleistung bemessen – die realen Kosten können damit nicht gedeckt werden. Rechtsansprüche auf ergänzende Leistungen, die reale Kosten inkl. der Energiekosten zur Grundlage haben, sind deshalb unbedingt erforderlich

Es muss darüber dafür gesorgt werden, dass Menschen, denen die Mindestsicherung zusteht, diese auch beanspruchen. Aktuelle Studien zeigen, dass nur 40–50 % aller Anspruchsberechtigten Sozialhilfe in erhalten. Im Burgenland bekommt beispielsweise nur jeder 43. Anspruchsberechtigte Sozialhilfe.

SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN

Öffentliche Dienstleistungen stellen einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung dar. Der Zugang muss unabhängig von der Herkunft auch für Menschen mit niedrigen Einkommen gewährleistet sein. Es geht um Schuldenberatung, Delogierungsprävention, Beratungsstellen für MigrantInnen, Frauenberatungsstellen, niederschwellige Gesundheitsangebo-

te. Es geht um einen gerechten Zugang zu Bildung. Es geht um ein flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen. Es geht um eine solidarische Absicherung des Risikos »Pflege«.

Investition in Zukunftssektoren zahlen sich aus. Soziale Dienstleistungen sind eine Produktivkraft. Die Hilfen für die Pflege der Oma und die Betreuung des kleinen Sohns sorgen für Wachstum, stabilisieren die Wirtschaft und stiften sozialen Ausgleich. Sie haben Wachstumsfunktion bei Beschäftigung und sie haben stabilisierende Funktion, weil sie Teilhabe sichern und Nachfrage über den Konjunkturzyklus bereitstellen. Sie erfüllen darüber hinaus die Funktion des sozialen Ausgleichs. Besonders die Dienstleistungen in Pflege, Kinderbetreuung und Bildung reduzieren das Armutsrisiko und verteilen zu den Schwächeren um.

QUALITÄT DER ARBEITSMARKTPOLITIK

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen – um armutsbekämpfend zu wirken – auf Freiwilligkeit basieren, existenzsichernde Arbeitsverhältnisse vermitteln und der betroffenen Zielgruppe langfristige Perspektiven eröffnen. Es muss einen Rechtsanspruch auf Fördermaßnahmen im Bereich von Beschäftigung und Qualifizierung geben, und es braucht einen erweiterten zweiten bzw. dritten Arbeitsmarkt für jene, die zwar im Rahmen ihrer individuellen Möglichkeiten arbeiten wollen, am regulären Arbeitsmarkt aber keine Chancen haben. Zur Verhinderung von »working poor« wären existenzsicherndes Einkommen (gesetzliche und tarifliche Mindestlöhne) und die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung atypischer Beschäftigungsverhältnisse zur finanziellen und sozialen Absicherung in Zeiten von geringerer Berufstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit notwendig.

UNGLEICHHEIT SCHADET ALLEN

Wer von Armut spricht, muss auch von Reichtum sprechen. Einkommen und Vermögen sind in Österreich höchst ungleich verteilt. Das Geldvermögen privater Haushalte beträgt

440 Mrd. Euro, das Nettogeldvermögen (= Geldvermögen minus Schulden) ist mit 294 Mrd. Euro anzusetzen. 54 Prozent des Bruttogeldvermögens sind in Händen von 10 Prozent der Haushalte, das sind etwa 238 Mrd. Euro. Das oberste Promille, das sind 3.500 Haushalte, hat 8% des gesamten Geldvermögens, das ist in etwa so viel wie die unterste Hälfte, das sind 1,75 Millionen Haushalte, besitzt.

Der Gini-Koeffizient (ein Maß zur Darstellung von Ungleichheit: 1 = das gesamte Vermögen gehört einer Person eines Lands, 0 = alle besitzen gleich viel) für das Bruttogeldvermögen beträgt 0,66.

Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich beträgt rund 880 Mrd. Euro. 10 Prozent der ÖsterreicherInnen besitzen 61 Prozent von diesem Vermögen (530 Mrd. Euro). Der Großteil davon (370 Mrd. Euro) besteht aus zusätzlichen Immobilien, also aus Zweithäusern oder -wohnungen. 40 Prozent der Menschen in Österreich besitzen gar keine Immobilie. Der Gini-Koeffizient für die Immobilienvermögensverteilung beträgt 0,76.

Nur 20 Prozent aller Haushalte erben Immobilien. Bei Immobilienerbschaften beträgt der Gini-Koeffizient 0,92. Erbschaften führen also zu einer Verstärkung der Vermögensunterschiede zwischen Reich und Arm. Gefordert sind daher vermögensbezogene Steuern, um dieser Ungleichheit entgegen zu wirken und Investitionen im sozialen Bereich tätigen zu können.

UMVERTEILUNG

Vermögend zu sein heißt bessere Chancen im Leben haben, heißt eine höhere Lebenserwartung, bessere Bildung, mehr Macht und Einfluss. Eine Umverteilung von Vermögen würde bessere Startchancen für alle bedeuten. Wenn Ungleichheit verringert wird, steigen außerdem nicht nur die individuellen Lebenschancen, sondern es geht der gesamten Gesellschaft besser, denn soziale Ungleichheit schadet allen.

Das beschreiben Richard Wilkinson und Kate Pickett eingehend in ihrem Buch »Why Equal Societies Almost Always Do Better«: In ungleichen Gesellschaften gibt es mehr Stress, mehr Gewalt, weniger Vertrauen und die Menschen sind öfter krank und sterben früher.

Im internationalen Vergleich von Marktwirtschaften schneiden die skandinavische Länder sehr gut ab. Großbritannien, Portugal und USA sind abgeschlagen am Schluss, Deutschland, Österreich sind vorne dabei, aber nicht top.

Mehr chronische Krankheiten, mehr SchulabbrecherInnen, mehr Gefängnisinsassen, mehr Gewalt, mehr soziale Probleme verursachen volkswirtschaftliche Kosten. Mehr Armut und soziale Ungleichheit sind teuer – eine höhere SchulabbrecherInnen-Quote beispielsweise verursacht durch steigende Sozialausgaben, höhere Gesundheitskosten und entgangene Steuereinnahmen Kosten: 3 Milliarden Euro bei 10.000 Drop-Outs in Österreich. Soziale Investitionen nutzen daher allen, nicht nur den Armen. Für die Beseitigung von Armut braucht es einen ganzheitlichen Ansatz. Armutsbekämpfung muss in allen Politikbereichen oberste Priorität bekommen. 🌱

VERENA FABRIS

ist Armutsexpertin der Volkshilfe Österreich.

Literatur:

Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Studie der Statistik Austria im Auftrag des BMASK, Wien 2012 | **Aktivierung und Mindestsicherung.** Nationale und europäische Strategien gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Hg. Stelzer-Orthofer, Christine / Weidenholzer, Josef; Mandelbaum 2011 | **Handbuch Armut in Österreich.** Hg. von Dimmel, Nikolaus / Heitzmann, Karin / Schenk, Martin; Studienverlag 2009 | **Gleichheit ist Glück.** Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Pickett, Kate / Wilkinson, Richard, Tolkemitt bei Zweitausendeins 2010

BEAUTY CONTEST



BEAUTY CONTEST



Egoismus als Ethos

Bei den republikanischen Vorwahlen zur us-Präsidentchaftswahl mischen die Tea-Party-Bewegung und die marktradikale Rechte kräftig mit. Thomas Riegler nimmt das zum Anlass, eine der Säulenheiligen des Laissez-faire-Kapitalismus und der republikanischen Rechten näher unter die Lupe zu nehmen: Ayn Rand zählt auch 30 Jahre nach ihrem Tod zu den politisch einflussreichsten Autorinnen der USA, deren Gedankenwelt einen geeigneten ideologischen Rahmen für die Radikalisierung der politischen Rechten nach der Krise bietet.

Meine Philosophie ist, in der Essenz, das Konzept des Menschen als ein heroisches Wesen, mit seinem eigenen Glück als dem moralischen Zweck seines Lebens, mit produktiver Leistung als seiner edelsten Aktivität, und Vernunft als seinem einzigen Absolutum – so lautet eine der Schlüsselpassagen in »Atlas Shrugged« (1957, deutsch: »Atlas wirft die Welt ab«), dem bekanntesten Roman der us-amerikanischen Schriftstellerin und Philosophin Ayn Rand (1905–1982).

Mehr denn je gilt sie als Säulenheilige eines ungezügeltten Kapitalismus. Im leidenschaftlichen Kampf gegen eine sich »einmischende« Zentralregierung, zu viel Besteuerung und Regulierung beruft sich heute die Tea-Party-Bewegung auf das philosophische Werk von Rand. Diese bekämpfte zeitlebens kompromisslos den Wohlfahrtsstaat, den Sozialismus und »big government«. Stattdessen plädierte sie für radikalen Individualismus, Eigenverantwortung, Leistung und Konkurrenz.

Zentral war für Rand, dass das Individuum völlig unabhängig von staatlichen Leistungen zu leben habe. Sie lehnte jegliche soziale Transferleistungen, vor allem finanzielle Unterstützung von Armen, Alten und Kranken, durch den Staat kategorisch ab. Rand befürwortete lediglich einen minimalen »Nachtwächter«-Staat, der Kriminalität als Verletzung der individuellen Rechte sanktionieren sollte. Typisch ist ihr Plädoyer für die Privatisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, so etwa der Bildung: »Die Erziehung muss auf den freien Markt gebracht werden – nur Wettbewerb führt zu Kompetenz.« Weniger bekannt ist, dass Rand, als sie in ihren letzten Le-

bensjahren an Lungenkrebs erkrankte, heimlich um staatliche Gelder ansuchte und diese auch gewährt bekam. Dabei handelte es sich um eine Medicare-Kostenübernahme sowie um Gelder aus der Sozialversicherung.

Rand war vor allem eine radikale Individualistin, die sich ansonsten politisch nur schwer festmachen lässt. So galt sie als eine frühere Gegnerin des Vietnamkrieges und der Rasediskriminierung. Andererseits unterstützte Rand in den 1960er Jahren den Rechtsaußen-Kandidaten Barry Goldwater. 1975 riet sie dagegen von einer Unterstützung Ronald Reagans ab und zwar weil dieser aus ihrer Sicht nicht für puren Laissez-faire-Kapitalismus eintrat. Was konservative Kreise bis heute teilweise nicht goutieren, war Rands militanter Atheismus, ihre Verachtung für die Institution Familie und ihre Beschreibung ausschweifender (und vor allem selbststüchtiger) Sexualität.

VON ANGELINA JOLIE BIS ALAN GREENSPAN

Rand, eigentlich Alissa Sinowjewna Rosenbaum, wurde 1905 als Tochter deutschstämmiger Juden in St. Petersburg geboren. Die Enteignung ihrer Familie (ihr Vater war Apotheker) durch die Bolschewiki hatte sie tief geprägt, obgleich sie von der Öffnung des Bildungswesens profitierte. Nach dem Abschluss am Staatlichen Institut der Filmkünste, emigrierte Rand 1926 in die USA. In Hollywood soll sie schon während ihrer ersten Tage im Land den allmächtigen Regisseur und Produzenten Cecil B. DeMille (»Die zehn Gebote«) kennen gelernt haben, der sie in den kommenden Jahren unterstützte. Ihr erster Roman »We the Living«, der im nachrevolutionären Russland

spielte, erschien 1936. Doch erst der 754-Seiten-Roman »The Fountainhead«, der später mit Gary Cooper verfilmt wurde, machte sie mit Ende 30 berühmt.

In der Folge entwickelte Rand eine eigene radikalliberale Theorie des »Objektivismus«. Laut der Wochenzeitung »Zeit« lässt sich deren Gehalt so zusammenfassen: »Egoismus ist gut, Altruismus ist böse. Und der Laissez-faire-Kapitalismus die einzige Ordnung, die mit der Freiheit des Individuums vereinbar ist.« In ihrer moralischen Überhöhung eines »rationalen« Egoismus und der Verdammung von Nächstenliebe stieß sich Rand nicht daran, anderen zu helfen, sondern daran, verpflichtet zu sein, dies zu tun. Die Frage sei nicht, ob man einem Bettler einen Groschen gibt, sondern ob man »das Recht hat, zu existieren, ohne dem Bettler einen Groschen zu geben«.

Rand, so die Journalistin Ingeborg Harms, sei der lebende Beweis für die Überzeugung gewesen, dass der Mensch sich nur ein Ziel setzen müsse, um es zu erreichen: »Sie zeigte nicht die geringste Toleranz für Unentschiedenheit, Anspruchsdenken oder Bittstellertum. Entsprechend allergisch reagierte sie auf staatliche Regulierung und Interventionen. Sie verfasste Streitschriften gegen Roosevelts New Deal, legte sich mit der amerikanischen Linken an, trat vor dem McCarthy-Ausschuss auf und machte ihre Romane zu epischen Feldzügen gegen einen christlich geprägten Humanismus, der die Menschheit als schwach, unterdrückt und bedürftig darstellte. Altruismus galt ihr als Zwang, für andere zu leben, während Egoismus für sie den Königsweg zum Gemeinwohl darstellte.«

»OBJEKTIVISTISCHE« PHILOSOPHIE

Rand verfasste Artikel, gab verschiedene Zeitschriften heraus und vertrat ihre »objektivistische« Philosophie sehr offensiv in der Öffentlichkeit, ehe sie 1982 an einem Herzinfarkt verstarb. Ihre Ideen werden u. a. seit 1985 vom *Ayn Rand Institute* (AIR) in Kalifornien weiter verbreitet. Von einem ehemaligen Schüler gegründet, meldet sich das AIR immer wieder zu

Wort: Gefordert wird ein hartes Vorgehen im *War on Terror*, der Klimawandel wird hartnäckig geleugnet und Multikulturalismus als neuer Rassismus verdammt.

In den USA ist Rand über den Tod hinaus wirkungsmächtig geblieben. Zu ihren deklarierten Fans zählen »Playboy«-Gründer Hugh Hefner, Höchstrichter Clarence Thomas und Wikipedia-Mitgründer Jimmy Wales. Vor allem in Hollywood kann die Autorin auf eine zahlreiche Anhängerschaft verlassen: Angelina Jolie, Brad Pitt, Jerry Lewis, Eva Mendes, Vince Vaughn und andere haben ihr literarisches Werk gelobt. Schauspielerin Christina Ricci etwa betont, von Rand gelernt zu haben, keine schlechte Person zu sein, wenn man nicht »alle« liebt.

Aus der Masse an Rand-Bewunderern sticht jedoch vor allem ein Mann hervor: Alan Greenspan, zwischen 1987 und 2006 allmächtiger Vorsitzender der US-Notenbank, war ein »Jünger« von Ayn Rand, als diese noch ihren Zirkel (»Collective«) an Samstagen in ihrer New Yorker Wohnung zu versammeln pflegte. Greenspan war 25 Jahre alt, als er Rand zum ersten Mal traf. So richtig ernst genommen wurde er von ihr aber erst, als er die Korrekturfahnen zu »Atlas Shrugged« las und den literarischen Wert lobte. Rands Einfluss auf Greenspans ökonomisches Denken war beträchtlich. Wie Rand lehnte er jegliche staatliche Einmischung in die Wirtschaft ab, genauso wie jede Form der Umverteilung. So heißt es in seinem bekannten Essay »Gold und wirtschaftliche Freiheit« von 1966: »Seines akademischen Jargons entkleidet, ist der Wohlfahrtsstaat nichts weiter als ein Mechanismus, durch den Regierungen den Besitz der produktiven Mitglieder einer Gesellschaft beschlagnahmen und einer breiten Palette von Wohlfahrtszwecken zuführen.« Rand habe ihm gezeigt, »dass Kapitalismus nicht nur effizient und praktisch, sondern auch moralisch ist«, äußerte sich Greenspan später.

Wie sehr Rands Kapitalismus- und Egoismus-Philosophie in den heutigen Zeitgeist passt, lässt sich auch daran erkennen,

dass die Populärkultur Rand immer wieder gerne zitiert. So etwa in der populären US-TV-Serie »Mad Men«, die die »glamouröse« New Yorker Werbebranche der frühen 1960er Jahre porträtiert. In einer Folge von 2009 übergibt der Agenturchef Bert Cooper seinem jungen Aufsteiger Donald Draper einen saftigen Gehaltsscheck und empfiehlt ihm die Lektüre von »Atlas Shrugged«: »Sie sind ein fleißiger und vernünftiger Mensch und alles in allem völlig egoistisch. Das ist Ihre Stärke. Wir sind anders. Unsentimental hinsichtlich der Menschen, die von unserer harten Arbeit abhängen. Nehmen Sie Einsneunundneunzig von den 25.000 und kaufen Sie sich ein Exemplar.«

Ebenfalls 2009 persiflierte eine Folge der populären Zeichentrickserie »The Simpsons« das einfache Strickmuster eines Rand-Romans. Weniger Erfolg war der Verfilmung von »Atlas Shrugged« beschieden. Obwohl konservative Medien, allen voran der Fox News-Kanal, eifrig die Werbetrommel rührten, floppte der Film 2011 an den Kinokassen: Er spielte innerhalb von zwei Wochen nur 3,6 Millionen Dollar ein und wurde daraufhin abgesetzt.

MOTOR DER GESCHICHTE

Das zentrale Thema in Rands literarisch-philosophischem Werk ist der Konflikt zwischen dem hochbegabten Individuum (Unternehmer, Denker, Erfinder, Künstler) und der mittelmäßigen Masse – zwischen dem kreativen Macher (»prime mover«) und den vielen unproduktiven Schmarotzern (»second hander«). In dem bereits erwähnten Roman »Atlas Shugged« entwirft Rand eine negative Zukunftsutopie, um dieses Spannungsverhältnis auszuloten: Im Jahr 2016 ist Europa längst eine sozialistische Volksrepublik, in den USA sorgt ein Dekret für Verstaatlichung, Einführung der Planwirtschaft, Ausschaltung des Wettbewerbs und für strenge Zensur. Das Land ist hoch verschuldet – aufgrund von globalen Unruhen, Bürgerkrieg in den Städten und einer Regierung, die sich in die Privatwirtschaft einmengt. Die Retter in der Not sind kapitalistische »Übermenschen« im Sinne Nietzsches: Dagny

Taggart, die Erbin eines Bahnkonzerns und der Stahlbaron Hank Rearden kämpfen gegen Washington, rebellierende Arbeiter und die kollabierenden gesellschaftlichen Strukturen. Sie machen sich auf die Suche nach dem genialen Erfinder John Galt, der daran ist, einen »Kapitalstreik« zu initiieren, um aufzuzeigen, wer das Wachstum wirklich antreibt – und was mit einer Welt ohne »Gestalter«, ohne die Schaffer von Wohlstand und Reichtum passiert. Wenn sie verschwinden, so postuliert Rand, sind am Ende alle ärmer.

Ein weiteres zentrales Werk ist der 1943 erschienene Roman »The Fountainhead« (deutsch: »Der ewige Quell«). Dessen Held, der hochgewachsene und muskulöse Architekt Howard Roark, wird wegen seiner revolutionären Ideen für eine neue Architektur von seinen Lehrmeistern abgestraft. Trotzdem setzt er sich mit einem visionären Entwurf für einen Wolkenkratzer durch, nur um am Ende wieder zu erleben, wie seine Pläne aufgrund von Intrigen abgeändert werden. Als bei einem zweiten Bauvorhaben, einem sozialen Wohnbauprojekt, Roarks gestalterische Vorgaben erneut nicht umgesetzt werden, sprengt er kurzerhand die Baustelle, ohne dass es Opfer gibt.

Im darauffolgenden Schadenersatzprozess verteidigt er sich erfolgreich und triumphiert über seine Gegner. Als Krönung erhält er den Auftrag, den höchsten Wolkenkratzer New Yorks zu bauen. Wie Roark in seinem Plädoyer vor Gericht herausstreicht, standen »die großen Schöpfer, die Denker, die Künstler, die Forscher, die Erfinder« immer allein gegen die Menschen ihrer Zeit; »Jeder Gedanke traf auf Widerstand. [...] Sie stritten, sie litten, sie büßten. Doch sie siegten.«

Ein Genie, wie Roark, darf fast alles: Er hat kein Interesse an anderen Menschen, zeigt keine Emotionen und ist völlig humorlos. In einer Schlüsselszene vergewaltigt Roark die ihn verehrende Journalistin Dominique Francon. Er tat es, schreibt Rand, »als einen Akt der Verachtung. Es war nicht Liebe, sondern Besudelung. Und das ließ sie still liegen und sich unterwerfen. Nur eine Geste der Zärtlichkeit von seiner

Seite – und sie wäre kaltgeblieben ...« Am Ende des Romans wird Roark Dominique ehelichen.

EGOISMUS ALS ETHOS

Rands ganzes Werk ist eine Glorifizierung des Rechts des schöpferischen Individuums, ganz für sich selbst und seine eigenen Interessen zu leben. Wie ihre Romanfigur Roark in »The Fountainhead« betont, sind solche Macher niemals selbstlos: »Das ganze Geheimnis ihrer Kraft liegt darin, dass sie sich selbst genügt, sich selbst begründet, sich selbst erzeugt Als Ursprung, als Energiequelle, als Lebenskraft, als Primum Movens. Der Schöpfer dient nichts und niemand. Er lebt nur für sich selbst. Und allein weil er nur für sich selbst lebt, kann er die Leistungen vollbringen, die den Glanz der Menschheit ausmachen. Darin liegt das Wesen aller großen Leistungen.«

Roark betont daher aus vollster Überzeugung: »Ich bin ein Mensch, der nicht für andere lebt.« Ihm zufolge ist das erste Grundrecht eines Menschen das »Recht auf sein Ego«: »Sein Sittengesetz lautet, nie andere zu seinem Hauptzweck zu machen. Seine sittliche Verpflichtung lautet, das zu tun, was er für richtig hält, vorausgesetzt, dass dies nicht in erster Linie von anderen abhängt. Darin eingeschlossen ist die ganze Sphäre seines schöpferischen Vermögens, seines Denkens, seiner Arbeit. Aber nicht darin eingeschlossen ist die Sphäre des Gangsters, des Altruisten und des Diktators. Der Mensch denkt und arbeitet allein. Doch er kann nicht allein rauben, ausbeuten oder herrschen. Raub, Ausbeutung und Herrschaft setzen Opfer voraus. Das bedeutet Abhängigkeit. Das Revier des Schmarotzers.«

Seit den Anfängen der Geschichte gebe es diesen Streit zwischen Individuum und Kollektiv – ein Land wie die USA sei auf das Recht des Menschen gegründet, »sein Glück zu suchen. Sein eigenes Glück. Nicht das Glück eines anderen. Ein privates, persönliches, eigennütziges Motiv.« Doch auch hier drohe die »Herrschaft der Schmarotzer und Zweitklassigen« – der Kollektivismus: »Es hat die Menschen auf einen Tiefstand

intellektueller Verrohung heruntergebracht, wie es ihn auf der Welt noch nicht gegeben hat. Es hat einen Grad beispielloser Grausamkeit erreicht. Es hat allen den Verstand vergiftet. Es hat den größten Teil Europas verschlungen. Es frisst sich in unser Land.«

NICHT WENIGER, MEHR KAPITALISMUS!

Seit dem Aufkommen der rechtskonservativen Tea-Party-Protestbewegung gegen die Steuerpolitik von Präsident Obama im Jahr 2009 werden Rands Ideen erneut ausgeschlachtet, um ideologischen Überbau zu liefern. So verkaufte sich »Atlas Shrugged« in diesem Jahr mehr als 500.000 Mal und hält sich auf Bestsellerlisten stabil unter den ersten zwanzig Titeln. Ein Kolumnist des »Wall Street Journals« erklärte diese Popularität damit, dass Rands Utopie eines Amerikas im Niedergang innerhalb von 52 Jahren seit dem Erscheinen des Romans Realität geworden sei.

Einmal abgesehen davon, dass Rands verklärt-kitschige Sicht auf die boomenden 1950er und 1960er Jahre zum Verständnis der gegenwärtigen wirtschaftlichen Abläufe ungeeignet ist, wird geflissentlich übersehen, dass gerade der von Rand überhöhte »rationale« Egoismus wesentlich zum Entstehen der Finanzkrise beigetragen hat. Neue Bonussysteme, die in den vergangenen 20 Jahren eingeführt wurden, schufen Anreize für Banker und Börsenhändler, unverhältnismäßig große Risiken einzugehen und Investitionen mit immer mehr Fremdkapital zu finanzieren. Zusätzlich gefördert wurde die Risikobereitschaft durch das Bewusstsein, dass für mögliche negative Konsequenzen und Schäden in letzter Hinsicht andere (also die Steuerzahler) gerade stehen würden. In Rands Philosophie war für die potentiell zerstörerische Kraft von bloßem Eigennutz in der Wirtschaft kein Platz – genauso wenig wie für Korruptionsskandale nach dem Muster von Enron oder Madoff.

Dass Rands Ideen dennoch wieder Hochkonjunktur haben, hängt damit zusammen, dass sie von einem utopisch-

reinen Kapitalismus predigt – einem Wirtschaftssystem, das aus Sicht ihrer Befürworter in scharfen Gegensatz zum aktuellen Krisenkapitalismus mit seinen massiven staatlichen Interventionen, Schuldenbergen, Regulierungs-Eingriffen und steigender Steuerlast steht. Die kapitalistische Idee bleibt so weiterhin sakrosankt und unangreifbar, weil sie nie wirklich verwirklicht, sondern im Gegenteil, an der völligen Entfaltung behindert wurde. Nicht nur von Rand-Fans lautet daher die trotzige Parole: Gerade in Krisenzeiten – nicht weniger, sondern mehr Kapitalismus! 🍷

THOMAS RIEGLER

ist Historiker in Wien.

Literatur:

Nikolaus Piper, Nächstenliebe ist schlecht, in: Die Zeit, Nummer 31/1997. | **Stephen Moore**, »Atlas Shrugged«: From Fiction to Fact in 52 Years, in: The Wall Street Journal, 9. 1. 2009. | **Robin Corey, Garbage and Gravitats**, in: The Nation, 20. 5. 1010. | **Ingeborg Harms**, Philosophin des Individualismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 8. 2010. | **Lisa Niehaus**, Das wilde Leben einer Freiheitsfanatikerin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 12. 2009.

BEAUTY CONTEST



Das Kaninchen vor der Schlange? Keine Angst vor Ratings!

Günter Koch argumentiert, warum er Ratings für sinnvoll hält und warum er Projekte wie »Wikirating« für eine sinnvollere Alternative zum Aufbau einer europäischen Rating-Agentur hält.

Den Laien wird es wundern, dass alle Welt auf die Rating-Agenturen schimpft und sie gerne ersetzt oder mit einer neuen, nicht-amerikanischen Agentur konterkariert sehen möchte, deren Urteile sich aber dennoch machtvoll und effizient auswirken und letztlich angenommen werden. Die kürzlich erfolgten Herabstufungen vieler europäischer Länder durch Standard & Poor's hat immerhin einen neuerlichen Impuls gesetzt, sodass nun die Regierungen mit Versprechen und Taten ihre Maßnahmen zum Schuldenabbau, Haushaltssanierung und Konjunkturprogrammen schneller und tatkräftiger angehen, als dies ohne die als politische Aktion fehlqualifizierten Rating-Urteile geschehen wäre.

Über diese Aufregung und diesen Aktionismus scheint vergessen zu werden, was das Rating im Grunde nach ist und warum es gebraucht wird. Auch wenn dieser Vergleich zunächst hinkt, geht es um nichts anderes, wie im privaten Leben auch: Jemand möchte sich von uns Geld borgen und wir müssen entscheiden ob und wenn ja zu welchen Konditionen.

Zu empfehlen wäre an dieser Stelle übrigens die Lektüre von Shakespeares »Kaufmann von Venedig«: Als Gläubiger schauen wir uns den Schuldner genauer an und je nach dessen Glaubwürdigkeit, Anständigkeit, Reputation, sozialer Situation und Gesundheit, kurzum dessen »Bonität«, sind wir bereit, ihm überhaupt Geld zu leihen und wenn ja, bemessen wir Zins, Laufzeit und Rückzahlungsmodus nach solchen Kriterien. Je besser wir den Schuldner kennen, umso passender und präziser werden diese Konditionen ausgehandelt sein. Im Falle, dass der Schuldner in Verzug gerät, wird man wiederum nach Beurteilung von dessen aktueller Bonität diesen Fall mehr oder weniger großzügig regeln.

Nun sind Unternehmen und Staaten als Gläubiger fraglos komplexer und deren Einschätzung als Schuldner ist eine Kunst, vergleichbar der eines Fußballtrainers, der eine Mannschaft in ihrer Zusammenstellung beurteilen muss. Die Frage der Bonität des Ensembles, hier gemeint als Abschätzung der Zukunftspotentiale des Teams, überfordert meist eine Person alleine, sodass der Trainer sich mit anderen Experten, also den Spielern, Assistenten, Vereinspräsidium und Verbandsfunktionären beraten wird. Im Leben der Finanzwelt nennt man eine solche Expertengruppierung ein Analyistenteam. Und was bei den Analysten das Rating ist, ist im Fußball letzten Endes die Tabelle. Rating ist nichts anderes als ein begründetes, fachkundiges Urteil über die Fähigkeit eines Gläubigers, seine Schulden vereinbarungsgemäß zu begleichen – nichts anderes, was auch eine Bank im Zuge einer Kreditwürdigkeitsprüfung vornimmt.

FORMAL UND ALGORITHMISCH

Was an diesem Vergleich hinkt ist, dass die Bank bei ihren Bonitätsprüfungen heutzutage sehr formal und »algorithmisch« vorgeht, d.h. nur auf die Finanzaufstellungen schaut und alles, was sich nicht in Zahlen darstellen lässt, nicht bis kaum berücksichtigt. Der Kreditnehmer wurde in den letzten Jahrzehnten immer mehr zum anonymen ökonomischen Subjekt, an dem nur noch eines zu interessieren scheint: Wann und wie vertragsgemäß zahlt er den Kredit samt Zinsen zurück. Das definiert sein Rating und die Höhe des Zinses, den er zahlen muss, weil er über seine Einstufung und die Zinsbemessung in die Solidarhaftung für alle diejenigen anderen Kreditnehmer genommen wird, die ihrer Rückzahlungsverpflichtung nicht mehr nachkommen können und die Bank deren Kredite wegen Uneinbringbarkeit abschreiben muss. Die höheren Zinsen werden vornehm als »Einpreisung« deklariert, womit der

Kreditgeber kundtut, dass er unter allen Umständen über das Kollektiv aller Kreditnehmer keine Verlusten zu machen bereit ist. Die Bank gewinnt immer – es sei denn, sie engagiert sich als Unternehmerin, auf Deutsch: im Investmentbanking.

Nun hat das Beispiel Fußball – stellvertretend für alle Mannschaftssportarten – einige weitere Analogien zu bieten. Zum Beispiel hält sich jeder Fußballinteressierte für einen Experten, es gibt also viele, die es besser wissen wollen als der Trainer. Und darunter wiederum gibt es viele, die ihr Wissen um die Stärken und Schwächen von Mannschaften in eine Toto-Wette übersetzen, die allerdings nur selten in einer präzisen Voraussage und damit hohen Gewinn mündet. Was wir dennoch daraus schließen dürfen ist, dass es viele gibt, deren Kenntnis ausreicht, um gute Zukunftsprognosen zu machen.

Wir wissen, dass die Saalwetten in der Millionenshow mehrheitlich die richtige Antwort liefern, vorausgesetzt, die Frage fällt in das Spektrum von Allgemeinwissen. Je spezieller allerdings die Frage gestellt ist, umso kleiner wird der Kreis der Kundigen, die die Antwort geben können. Wir wissen heute, dass es so etwas wie eine »Schwarmintelligenz« oder (englisch) »Crowd Intelligence«, also »das Wissen der Vielen« gibt, aufgrund dessen präzisere Aussagen getroffen werden, als es in aller Regel zumindest einem einzelnen, auch einem einzelnen Experten jemals gelingt. Das gilt insbesondere für das quantitative Schätzen, also wenn man etwa raten muss, wie viele Tennisbälle sich in einer Kiste befinden.

Rating von Experten, also von Analysten bzw. von Mitarbeitern der Agenturen, ist ein Urteil, eine gut und professionell begründete »Meinung« zur ökonomischen, finanziellen Zukunft eines Rating-Kunden. Was dabei methodisch zu kurz kommt, sind Einschätzungen, die außerhalb der ökonomisch-finanziellen Dimension liegen, also typischerweise Fragen, die regulatorisch schwach gefasst sind, als da beispielhaft wären: soziale Situation bis hin zum Stimmungsklima, Erfüllung ökologischer Zielsetzungen inkl. Umgang mit natürlichen

Ressourcen, Materialbewirtschaftung, Stand der Produktionstechnologie, und vermutlich am Wichtigsten – die Entwicklung des intellektuellen Kapitals. Wirtschaftsprüfer gehen davon aus, dass in einigen Jahren Unternehmensberichte alle diese Aspekte beinhalten müssen, weil nur eine solche Gesamtschau qualifizierte Einsichten über die Zukunftsaussichten von Unternehmen respektive von Ländern ermöglicht.

DIE KOMPETENZ VIELER

Sich die Kompetenz vieler, also nicht nur von Rating-Spezialisten, verfügbar zu machen, ist die Idee des Projektes Wikirating, das vom am Bankenplatz Zürich ansässigen Mathematikers Dorian Credé und Freunden ins Leben gerufen wurde und das nach dem Modell, wie auch den Regeln von Wikipedia funktionieren soll: Qualifizierte freiwillige »Autoren«, deren Inputs wiederum von freiwilligen Fachkundigen gegengecheckt werden, bringen zum einen eine Vielfalt von Methoden für diverse Ratingaspekte ein, zum anderen beteiligen sich freiwillige Analysten, oder besser: »Analysefähige«, an der Beurteilung von Ratingsubjekten, seien dies Unternehmen, Organisationen, Gebietskörperschaften oder Gemeinschaften.

Professionelle Rating-Agenturen, deren »Rezepturen« in aller Regel nicht öffentlich bekannt sind, machen auch nichts anderes, als sich aus vielen, größtenteils öffentlichen Quellen mit Informationen zu versorgen, um dann in der Zusammenfassung eine begründete Bonitätsbeurteilung abzugeben. Wikirating wird, wenn auf seiner Plattform erst einmal genügend kritische Masse an Kompetenz versammelt ist, das gleiche tun, mit dem Unterschied, dass seine Methoden und Schlussfolgerungen transparent, nachvollziehbar und begründet kritisierbar sein werden. Probeläufe finden heute schon statt, bei denen Ratings herauskommen, die von den »offiziellen« Ratings erheblich abweichen.

Das beruht zum Teil auf Anfangsschwierigkeiten, sicher aber auch darauf, dass Wikirating noch keine kritische Mas-

se an Experten aufgebaut hat, oder sich einfach herausstellt, dass die Wikirating-Community zu anderen, begründeten Schlussfolgerungen gelangt, wie das ja auch zwischen den heutigen Rating-Agenturen der Fall ist. Defizite in Methoden und Ausführungen werden aber in zwei bis drei Jahren sicherlich ausgebügelt sein.

Die Europäische Kommission hat die Schaffung einer europäischen Rating-Agentur proklamiert. Eine Reihe von Proponenten ist deshalb zur Zeit dabei, Alternativen zu den amerikanischen Agenturen zu entwickeln. Eine darin engagierte große, deutsche Unternehmensberatung schätzt die Kosten für die Einrichtung einer professionellen, neuen Agentur auf 300 Mio. Euro. Die erste Frage ist, um wie viel besser diese aus dem Boden zu stampfende Agentur als die amerikanischen Konkurrenten sein kann. Die zweite Frage wird sein, ob in wenigen Jahren nicht auch Wikirating diese Funktion genauso gut, wenn nicht sogar besser, erfüllen wird?

Mit Wikirating ist eine Option geschaffen worden, die ein neues Paradigma im Rahmen der Neuerfindung der Ökonomie demonstriert: Wissen über (soziale) Netzwerke aufbauen, selbstreferentiell zu verbessern, immer wieder angestoßen von Außenimpulsen zu erweitern und zu verbessern und letztlich sich der gesellschaftlichen und konsequenterweise auch wirtschaftlichen Realität asymptotisch zu nähern und damit »richtigere« Urteile zu ermöglichen. Wenn die Rechnung von Wikirating – eingebettet in die emergierenden Prozesse einer neuen Wissensökonomie – aufgeht, wäre damit der Beweis angetreten, dass ökonomische Entwicklungen sich auch anders modellieren und interpretieren lassen, als wir diese Erkenntnisgewinne in einer auf Geleisen dahinfahrenden Wirtschaftsphilosophie der Vergangenheit erworben haben. 🍷

GÜNTER KOCH

war 1998 bis 2003 Leiter des Austria Reserach Center in Seibersdorf
und ist heute als Unternehmer, Manager und Wissenschaftler tätig.

BEAUTY CONTEST



CINDY SHERMAN: "OHNE TITEL" 1982, C-PRINT, © SAMMLUNG VERBUND, WIEN

Mikrokredite, Lebensläufe & Piraten



Gerhard Klas DIE MIKROFINANZ-INDUSTRIE

Wer denkt bei dem Stichwort Mikrokredite nicht an Bangladesh, Armutsbekämpfung, Gemeinwohl? Weniger bekannt ist die Kehrseite der Mikrofinanz-Industrie. Es handelt sich um ein Geschäftsmodell, das Gemeinschaften in vielen Ländern in die Überschuldung treibt. Das Kreditgeschäft funktioniert auf Kosten und nicht zum Nutzen der Armen.

ASSOZIATION A VERLAG, 320 Seiten, 20,40 Euro



Andreas Kuhlmann AN DEN GRENZEN UNSERER LEBENSFORM

Für die politischen und ethischen Probleme, die der medizinische Fortschritt aufwirft, gibt es keine Patentrezepte. Der Autor verbindet seine Reflexionen über Fortpflanzungsmedizin und Sterbehilfe mit Fragen der menschlichen Existenz:

Es geht ihm um eine Haltung, die auch den Herausforderungen an den Grenzen des Lebens sensibel gegenübertritt.

CAMPUS, 199 Seiten, 30,80 Euro

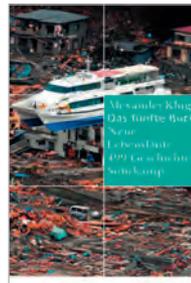


Klaus-Michael Bogdal EUROPA ERFINDET DIE ZIGEUNER

Geborene Diebe und Lügner, Gefährten des Satans, Waldmenschen, unzählbare Wilde, eine Bande von Asozialen – das sind nur einige der Zuschreibungen, mit denen die Romvölker Europas in den letzten 600 Jahren ausgegrenzt wurden.

Wie es möglich wurde, dass jahrhundertalter Hass in einem Spannungsverhältnis von Faszination und Verachtung sich bis heute halten konnte, zeigt der europäische Vergleich.

SUHRKAMP, 592 Seiten, 25,60 Euro



Alexander Kluge DAS FÜNFTE BUCH

Mit diesem Fünften Buch gelangt Alexander Kluges großes Erzählprojekt zu seinem Abschluss. Das fünfte Buch führt mit einer großen Gruppe »Neuer Lebensläufe« auf den Beginn von Kluges Laufbahn als Erzähler zurück. Seine »Lebensläufe« erschienen vor genau 50 Jahren. Und wieder nutzt Kluge den »Lebenslauf« als eine Erfahrung für Abgründe der Vernunft.

SUHRKAMP, 564 Seiten, 36,- Euro



Friederike Schilbach (Hg.) DIE PIRATENPARTEI

Was haben die Piraten den etablierten Parteien voraus? Sind sie die neuen Grünen? Oder doch nur eine politische Modeerscheinung? Was erzählt ihr Erfolg über unsere Zeit, unsere Gesellschaft, über Kommunikation? Und werden wir die nächsten Jahre, wenn wir über Politik reden, immerzu romantische Metaphern aus der Welt der Seeräuber bemühen? Erste Antworten gibt es in diesem Band.

BLOOMSBURY, 224 Seiten, 8,20 Euro



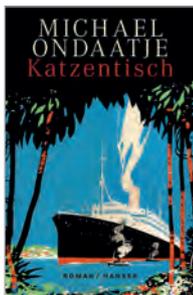
Heinrich von Herenberg (Hg.) BARCELONA

Tiki-taka Fußball gäbe es ohne Barcelona nicht. In Sachen Architektur-, Kunst- und Mode ist Barcelona heute noch genauso einflussreich wie vor hundert Jahren. Skandalöse Operninszenierungen, die die Kulturwelt derzeit in Aufruhr versetzen, kommen ebenfalls aus der Hauptstadt Kataloniens. Und Barcelona ist eine der wenigen europäischen Städte, die man wegen ihres Nachtlebens besucht.

CORSO, 160 Seiten, 27,80 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

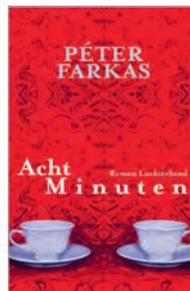
Reisen, Erinnerungen & Alter



Michael Ondaatje
KATZENTISCH

Drei Kinder, zu Beginn der 50er Jahre, auf einer Seereise von Ceylon nach England. Zu der buntgemischten Gesellschaft an Bord des Schiffes gehören Außenseiter, die wie sie am Katzentisch sitzen, und andere Reisegefährten, nicht zuletzt die aus der noblen Senatorenklasse. Sie alle sind geheimnisumwitterte Objekte der Sehnsucht oder der allgemeinen Spekulation.

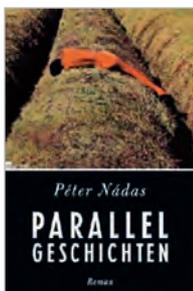
CARL HANSER, 300 Seiten, 20,50 Euro



Peter Farkas
ACHT MINUTEN

Er ist ein alter Mann. Seit einiger Zeit nimmt er merkwürdige Veränderungen in seiner Wohnung wahr. Eine fremde Frau taucht eines Morgens auf und verschwindet nach einiger Zeit wieder. Von anderen, ihm fremden Menschen werden angeblich nützliche Gegenstände in die Wohnung getragen, und er muss sie wieder zum Müll tragen. Farkas ist ein berührender Roman über Demenz gelungen.

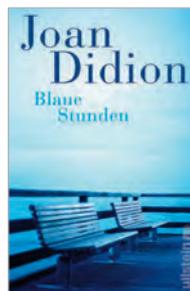
LUCHTERHAND, 132 Seiten, 17,50 Euro



Péter Nádas
PARALLELGESCHICHTEN

Im Jahr des Mauerfalls findet der Student Döhring beim Jogging im Berliner Tiergarten eine Leiche. Mit dieser Szene beginnt dieser große Roman und eröffnet die Suche nach einer düsteren Familiengeschichte. Ein zweiter Hauptstrang ist die Geschichte der Budapester Familie Lippay-Lehr und ihrer Freunde, deren persönliche Schicksale mit der ungarischen und deutschen Geschichte verknüpft werden.

ROWOHLT, 1728 Seiten, 41,10 Euro



Joan Didion
BLAUE STUNDEN

Joan Didion erinnert sich an ihre Tochter Quintana, daran, wie es war, sie aufwachsen zu sehen und Abschied zu nehmen, als Quintana mit nur 39 Jahren starb. Es ist eine sehr persönliche Bilanz der großen amerikanischen Autorin und ein ungeschminkt ehrliches Buch über Tod und Vergänglichkeit, Erinnerung und Alter, über das, was wir verlieren, und das, was bleibt.

ULLSTEIN, 208 Seiten, 18,50 Euro



Milena Michiko Flasar
ICH NANNTTE IHN KRAWATTE

Ein junger Mann verlässt sein Zimmer, in dem er sich lange Zeit eingeschlossen hatte. Eine Bank im Park wird ihm Zuflucht und Behausung, dort öffnet er die Augen, beginnt zu sprechen und teilt mit einem wildfremden Menschen seine Erinnerungen. Der andere ist viele Jahre älter, ein Büroangestellter. Beide sind Außenseiter, die dem Leistungsdruck nicht standhalten, die erst in der Verweigerung aktiv werden.

KLAUS WAGENBACH, 144 Seiten, 17,40 Euro



Tony Judt
DAS CHALET DER ERINNERUNGEN

Ans Krankenbett gefesselt, reiste Tony Judt im Kopf noch einmal an Orte in den USA und Europa und verwandelte seine Erlebnisse in kleine Essays. In wenigen Sätzen kann der Historiker etwa die Atmosphäre im London der ersten Nachkriegsjahre beschwören. Dieses Buch ist das Vermächtnis eines Intellektuellen, der wie kaum ein anderer unsere jüngste Vergangenheit beobachtet und reflektiert hat.

CARL HANSER, 224 Seiten, 19,40 Euro

Deutschland: Wirtschaftswunder, Problemverursacher oder nur Glück gehabt?

Deutschland dominiert die EU-Politik: Ob Schuldenbremse, Lohndruck oder Sozialabbau – Bundeskanzlerin Angela Merkel gibt in der EU den Ton an. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat in ihrem Selbstverständnis und in der Wahrnehmung in vielen anderen Ländern alles richtig gemacht: niedriges Budgetdefizit, sinkende Arbeitslosigkeit, hohe Exportüberschüsse. Der Lohn dafür sind gute Wirtschaftsdaten, das Triple-A-Rating, niedrige Zinssätze.

Ein Blick auf die Fakten trübt das Bild allerdings. Das Budgetdefizit betrug 2011 tatsächlich nur 1 % des BIP, ein Drittel des österreichischen Wertes. Begünstigt von relativ guter Konjunktur macht den Unterschied vor allem die Befristung der Konjunkturpakete des Jahres 2009 aus. Doch während sich in Österreich die Staatsschulden bedingt durch die Finanzkrise und ihre Folgen von 60 % auf 72 % des BIP erhöhten, stiegen sie in Deutschland sogar von 65 % auf 82 % des BIP. Dies geht wesentlich auf die riesigen Bankenrettungspakete zurück: Sie beliefen sich auf fast 300 Mrd. Euro, gut die Hälfte der Gesamtaufwendungen aller EU-Länder.

Deutschland hat ein großes Bankenproblem, denn es herbergt sowohl die wichtigste an den internationalen Finanzspekulationen beteiligte Investmentbank, als auch viele Krisenbanken von der Hypo Real Estate bis zu den Landesbanken. Das Bankenproblem ist vor allem makroökonomisch bedingt: Über 20 Jahre versuchte man über fehlendes Reallohnwachstum und sinkende Lohnstückkosten die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie zu erhöhen und Weltmarktanteile zu gewinnen. Dies war erfolgreich, doch nur zu erheblichen Kosten: Reallohnverluste unten und in der Mitte, stagnierende Konsumnachfrage, schwaches Wirtschaftswachstum, keine Übertragung der Exportgewinne in einen Wohlstandsgewinn für die gesamte Bevölkerung. Zudem trugen die Exportüberschüsse Deutschlands zu den Leistungsbilanzdefiziten vieler anderer Länder bei und bilden damit eine

Wurzel der Wirtschaftskrise in der EU. Wegen mangelnder Verwertungsmöglichkeiten im Inland wurden hohe Exportgewinne und steigende Ersparnisse im oberen Einkommensbereich von den Banken im Ausland angelegt und schließlich verspekuliert.

Besonders gut sind heute die deutschen Arbeitsmarktzahlen: Die Arbeitslosenquote stieg in der Finanzkrise nicht und nun geht sie sogar merklich zurück, zuletzt auf 5,5 % der Erwerbspersonen, unterboten nur noch von Österreich (4 %) und den Niederlanden (4,9 %). Das ist vor allem auf zwei Sonderfaktoren zurückzuführen: Erstens hat Deutschland in der Krise erfolgreich auf Kurzarbeit, den Abbau von Plusstunden und Urlaubsbeständen gesetzt und so trotz des drastischen Produktionseinbruchs die Beschäftigung in der Industrie gehalten, Arbeitszeitverkürzung machte sich bezahlt. Zweitens, geht in Deutschland im Unterschied zu den anderen EU-Ländern die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bereits zurück: Bis 2020 wird sie sogar um 1½ Millionen Menschen sinken. Das entlastet den Arbeitsmarkt und erleichtert vor allem den Jugendlichen den Zugang zur Beschäftigung.

Plötzlich scheint es, als müssten die anderen EU-Länder wirtschaftspolitisch nur alles so machen wie Deutschland, um aus der Krise zu kommen. Bei innovativen Modellen der Arbeitszeitpolitik mag das richtig sein. Eine parallele Politik der Lohnzurückhaltung und der Staatsausgabenkürzungen nach deutschem Vorbild würde in der EU hingegen direkt in die Rezession führen: Die Wiederentdeckung des Modells der nationalstaatlichen Wettbewerbspolitik verhindert gemeinsame solidarische Lösungen. 

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft
und Statistik der AK Wien.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:
edition rot GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

